

Deutsch-chinesische
Beziehungen 1911–1927

Quellen zur Geschichte der deutsch-chinesischen
Beziehungen 1897–1995

Herausgegeben
von Mechthild Leutner

Deutsch-chinesische Beziehungen 1911–1927

Vom Kolonialismus zur „Gleichberechtigung“

Eine Quellensammlung

Herausgegeben von Mechthild Leutner

Verfaßt von Andreas Steen



Akademie Verlag

Kalligraphie: Chen Ning

ISBN-13: 978-3-05-004243-5

ISBN-10: 3-05-004243-5

© Akademie Verlag GmbH, Berlin 2006

Das eingesetzte Papier ist alterungsbeständig nach DIN/ISO 9706.

Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Photokopie, Mikroverfilmung oder irgendein anderes Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsmaschinen, verwendbare Sprache übertragen oder übersetzt werden.

Druck und Bindung: Druckhaus „Thomas Müntzer“, Bad Langensalza

Einbandgestaltung: Hans Herschelmann, Berlin

Printed in the Federal Republic of Germany

INHALTSVERZEICHNIS

| | |
|---|-----|
| Vorwort zur Quellensammlung „Deutsch-chinesische Beziehungen“ | 9 |
| Vorbemerkungen zur Edition | 11 |
| Danksagung | 13 |
| Dokumentenverzeichnis | 15 |
| Einführung | |
| Die deutsch-chinesischen Beziehungen, 1911-1927: Vom Kolonialismus zur „Gleichberechtigung“ | 33 |
| <i>– Grundzüge des Wandels in den deutsch-chinesischen Beziehungen 1911-1927 – Akteure, Netzwerke und Vernetzungen: Politik, Wirtschaft und Kultur.</i> | |
| Kapitel 1 | |
| Das Deutsche Kaiserreich und der Weg zur Anerkennung der Republik China, 1911-1913 | 47 |
| <i>– Das Deutsche Kaiserreich und China am Vorabend der Revolution – Der Sturz der Mandschu-Regierung – Die Unterstützung Yuan Shikais und die Frage der Einheit Chinas – Die „Reorganisationsanleihe“ – Die Rolle der „Musterkolonie Kiautschou“ im Für und Wider um die Anerkennung – Die „2. Revolution“ und die Anerkennung der Republik China.</i> | |
| – Dokumente 1-13 | 65 |
| Kapitel 2 | |
| Von der Neutralität zum Kriegsgegner: Die deutsch-chinesischen Beziehungen während des Ersten Weltkriegs, 1914-1919 | 111 |
| <i>– Deutsch-chinesische Kooperation und internationale Spannungen – Vom Kriegsbeginn bis zum Abbruch der Beziehungen im März 1917 – Zwischen Abbruch der Beziehungen und Kriegserklärung – Die Folgen der Kriegserklärung: Liquidierung und Repatriierung 1917-1919 – Das Kriegsende und der Versailler Vertrag 1918-1919.</i> | |
| – Dokumente 14-36 | 127 |

| | |
|--|-----|
| Kapitel 3 | 189 |
| Die Weimarer Republik und die Peking-Regierung, 1919-1927: Diplomatische Neutralitätspolitik und außenpolitische Integration | |
| – <i>Der „gleichberechtigte“ deutsch-chinesische Handelsvertrag 1919-1921 – Kriegsentschädigung und Ausgleichsvertrag 1921-1924 – Deutschlands geplanter Beitritt zum Washingtoner-Abkommen 1925/26 – Deutsch-chinesische Kooperation im Völkerbund 1926/27.</i> | 204 |
| – Dokumente 37-58 | |
| Kapitel 4 | |
| Das deutsche Verhältnis zur nationalrevolutionären Bewegung in China, 1920–1927 | 267 |
| – <i>Sun Yatsen und Deutschland – Deutschland und die Kanton-Regierung: Kontaktaufnahme und Bemühungen um deutsche Wirtschaftshilfe 1921/22 – Gerüchte um das Dreierbündnis: Deutschland, China, Sowjetrußland 1922/23 – Sun Yatsen: Letzte Bemühungen um deutsche Unterstützung 1924 – Erfolge der nationalrevolutionären Bewegung, deutsche Reaktionen und die Frage der Anerkennung 1925/26 – Deutschlands „Neutralität“ und die Errichtung der Nanjing-Regierung 1927.</i> | |
| – Dokumente 59-77 | 283 |
| Kapitel 5 | |
| Die deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen: Aufstieg – Zusammenbruch – Neuanfang | 325 |
| – <i>Die Intensivierung der deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen unter kolonialen Bedingungen 1911-1914 – Die deutsche Kolonie Kiautschou als chinesisches Handelszentrum – Der Erste Weltkrieg und die Einstellung deutscher wirtschaftlicher Aktivitäten in China – Die Wiederaufnahme der Beziehungen in den 1920er Jahren – Waffen und Rüstungsgüter: Wirtschaftsinteressen im Konflikt deutscher Außenpolitik 1911-1927.</i> | |
| – Dokumente 78-101 | 344 |
| Kapitel 6 | |
| Die Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen: Export – Austausch – Kooperation | 403 |
| – <i>Die deutsche auswärtige Kulturpolitik in China 1911-1927 – Deutsche Schulen und Hochschulen in China – Chinesische Studenten und Intellektuelle in Deutschland – Deutsch-chinesischer Wissenschaftsaustausch – Chinastudien und Sinologie in Deutschland.</i> | |
| – Dokumente 102-126 | 425 |

| | |
|--|-----|
| Kapitel 7 | 495 |
| Wechselseitige Perzeption | |
| – <i>Chinabilder: „Rückständigkeit“ und „Gelbe Gefahr“ – China, das Land der Philosophie: Konfuzius und Laozi – China „erwacht“: Nationale Revolution und Kommunismus – Deutschlandbilder: Militarismus und „nationale Stärke“ – Deutschland als Studienobjekt: Weimarer Republik und Sozialismus – Deutschland, das Land der Wissenschaft, Philosophie, Kultur und Literatur.</i> | 510 |
| – Dokumente 127-140 | |
| | |
| Abkürzungsverzeichnis | 557 |
| | |
| Quellen und Literatur | 559 |
| | |
| Index der Personen und Institutionen | 587 |

Vorwort zur Quellensammlung „Deutsch-chinesische Beziehungen“

Deutschland und China gelten gemeinhin als Länder, die sehr unterschiedlichen Kulturkreisen zugehören. Dennoch sind sie im Verlauf der vergangenen hundert Jahre immer wieder in vielfältige Beziehungen zueinander getreten. Wie sich diese gestaltet haben und welche welt- und landesgeschichtlichen Wirkungen davon ausgingen, wird in einer sechs Bände umfassenden Quellensammlung für den Zeitraum 1897 bis 1995 dargestellt. Der vorliegende Band bildet den Abschluß dieser Dokumentensammlung.

Die Bände dieser Reihe „Deutsch-chinesische Beziehungen“ sind chronologisch angelegt. Die Aufteilung der Bände folgt den von der Geschichte vorgegebenen Zäsuren, aber auch sachlichen Gesichtspunkten. Der Rückblick erfaßt die direkte kriegerische Auseinandersetzung auf chinesischem Boden zur Jahrhundertwende ebenso wie die Auswirkungen des Ersten Weltkriegs und Perioden raschen Aufschwungs beiderseits gesuchter enger Zusammenarbeit. Auch die Zeit des Zweiten Weltkrieges wird thematisiert und die unterschiedlichen Phasen der Unentschiedenheit und des gegenseitigen Abtastens nach 1949, wie sie für die Beziehungen Chinas sowohl zur DDR als auch zur Bundesrepublik Deutschland zu beobachten sind. So wird die Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg entsprechend der Teilung Deutschlands in zwei Bänden erfaßt.

Dem wechselvollen Verlauf der Geschichte der deutsch-chinesischen Beziehungen entsprechend sind die Schwerpunkte in den einzelnen Bänden unterschiedlich gesetzt. Gemeinsam aber ist allen der Versuch, den deutschen Blick auf China und den chinesischen Blick auf Deutschland, die politischen, wirtschaftlichen, militärischen und kulturellen Beziehungen als interkulturelles Geschehen – will heißen: als Auseinandersetzung mit der vom jeweils anderen Land ausgehenden politisch-wirtschaftlichen und kulturellen Herausforderung – zu dokumentieren.

Die zwischenstaatlichen Beziehungen geraten so – vor dem Hintergrund der jeweiligen innenpolitischen Entwicklungen und eingeordnet in das Gesamtgeflecht der internationalen Beziehungen – zu einer Art Spiegel dieser Auseinandersetzung mit dem Anderen, dem Fremden, bei der sich klischeebeladene Wunschbilder, rationale Planungen und machtpolitisches Kalkül oft miteinander vermischt haben.

Um dies in aller Breite aufzeigen zu können, mußte einer diplomatiegeschichtlichen Verengung der Darstellung so weit wie möglich vorgebeugt werden. So bilden die diplomatischen Akten zwar schon allein wegen ihrer Geschlossenheit und guten Überlieferung die Grundlage der Veröffentlichung, aber es sind auch Quellen anderer Herkunft einbezogen worden. Kultur- und Wirtschaftsorganisationen wurden dabei ebenso berücksichtigt wie die Publizistik beider Länder, und auch die individuelle Erfahrung der Begegnung mit dem anderen Land – nicht selten ganz außerhalb der politischen bilateralen Beziehungen stehend – wurde nicht ausgespart. Der Vollständigkeit halber gelangten einige Standardquellen in den Bänden zu einem erneuten Abdruck. Doch die Mehrzahl des präsentierten Quellenmaterials deutscher und chinesischer Herkunft wird hier erstmals publiziert. Und: Nahezu alle chinesischen Dokumente werden zum ersten Mal in einer deutschen Übersetzung vorgelegt.

Entsprechend der einheitlichen inhaltlichen Konzeption der Reihe gliedert sich jeder Band in mehrere Kapitel, denen eine jeweilige thematische Einführung vorangestellt ist. Jedes einzelne Dokument ist mit quellenkritischen Angaben und – wo erforderlich – mit knappen zusätzlichen Personen- und Sachinformationen versehen. Eine Gesamteinleitung, ein Verzeichnis der Quellennachweise und bibliographische Angaben sowie ein Personen- und Institutionenindex runden die Bände jeweils ab.

Die in Umfang und Form in dieser Größenordnung bislang einmalige Dokumentation – Vergleichbares liegt weder für das Verhältnis Deutschlands zu anderen Ländern noch für Chinas Kontakte zu anderen westlichen Ländern vor – richtet sich an eine Leserschaft, die weit über den Kreis der Chinaspezialisten hinausreicht. Sollte das Quellenwerk zudem beitragen können zu einer Überwindung der Kluft, die in Deutschland zwischen einer oft zu stark philologisch ausgerichteten Sinologie einerseits und einer zu sehr nationalgeschichtlich geprägten Historiographie andererseits besteht, wäre ein weiteres mit der Edition verknüpftes Anliegen erfüllt.

Herzlicher Dank zu sagen ist der Stiftung Volkswagenwerk, Hannover, die die mehrjährige Arbeit am Projekt „Quellensammlung zu den deutsch-chinesischen Beziehungen“ mit ihrer finanziellen Förderung erst ermöglicht hat.

Mechthild Leutner

Vorbemerkungen zur Edition

Die Gliederung des vorliegenden Dokumentenbandes reflektiert die Situation der deutsch-chinesischen Beziehungen in dem bearbeiteten Zeitraum. Die Kapitel 1–3 legen den Schwerpunkt auf die diplomatischen und außenpolitischen Beziehungen der Perioden. Am Anfang steht die Frage der deutschen Anerkennung der Republik China, die bis 1913 verhandelt wurde (Kap. 1). Das anschließende Kapitel behandelt die Jahre des Ersten Weltkriegs, Kapitel 3 die Beziehungen zwischen der Weimarer Republik und der international anerkannten Peking-Regierung (1920-1927). Kapitel 4 untersucht die Verbindungen Deutschlands zu der von Sun Yatsen errichteten Süd-Regierung in Kanton (1920-1927). Die folgenden drei Kapitel sind systematisch ausgerichtet und beziehen sich auf den Gesamtzeitraum der Jahre 1911-1927. Untersucht werden die Wirtschaftsbeziehungen (Kap. 5), die Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen (Kap. 6) sowie der Wandel der wechselseitigen Perzeption (Kap. 7). Diese Kapiteleinteilung dient lediglich der übersichtlichen Darstellung, denn zu sehr waren die Felder der Politik, Wirtschaft und Kultur miteinander verknüpft, als daß eine strikte Trennung diesen Zeitraum der deutsch-chinesischen Beziehungen charakterisieren könnte. Den einzelnen Kapiteln ist eine Einleitung vorangestellt, die auf diese Vernetzungen und die jeweiligen Dokumente Bezug nimmt, aber auch unabhängig von einer Kenntnis derselben als eigenständiger Text gelesen werden kann. Die insgesamt sieben Einleitungen und die Einführung zu Beginn des Bandes vermitteln einen Überblick über die wichtigsten Problemfelder und Schwerpunkte der deutsch-chinesischen Beziehungen dieser Periode.

Die in diesem Quellenband abgedruckten Dokumente sind unterschiedlichen Ursprungs und sollen in ihrer Gesamtschau den Charakter der deutsch-chinesischen Beziehungen dieses Zeitraums wiedergeben. Aufgenommen wurde einerseits bisher unveröffentlichtes Aktenmaterial deutscher und chinesischer Archive. Hierzu zählen Dokumente aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes (Berlin), aus dem Bestand „Deutsche Botschaft China“ des Bundesarchivs (Berlin) wie auch aus den Firmenarchiven von Siemens und Schering. Andererseits wurden wichtige Dokumente bereits publizierter Quelleneditionen aufgenommen, insbesondere Verträge und Abkommen. Auf deutscher Seite sind diesbezüglich die „Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes (1871-1918)“ und die „Akten der Deutschen Auswärtigen Politik (1918-1945)“ zu nennen. Das chinesischsprachige Material

entstammt z.T. den oben genannten Berliner Archiven und dem Zweiten Historischen Archiv der Volksrepublik China, Nanjing. Zudem wurde auf drei Editionen chinesischer Dokumente zurückgegriffen: die vom Zweiten Historischen Archiv herausgegebene Edition der Dokumente zur Geschichte der Republikzeit Chinas (1911-1945), die von Cheng Daode u.a. (Beijing) publizierte Dokumentensammlung zur Außenpolitik der Republik China (1911-1931) und die von Chen Zhiqi u.a. (Taipei) publizierte Sammlung historischer Dokumente zur Geschichte der Außenpolitik der Republik China (1911-1949). Überdies fanden Zeitungsartikel, Flugblätter sowie Auszüge aus seinerzeit einflußreichen und charakteristischen Publikationen deutscher und chinesischer Autoren Eingang in die Quellenedition.

Die Auswahl der in diesem Band abgedruckten 140 Dokumente war kein leichtes Unterfangen. Ausgangspunkt war das Bestreben, den durch die Ereignisse des Ersten Weltkriegs und die im August 1917 erfolgte chinesische Kriegserklärung an Deutschland forcierten und auf unterschiedlichen Ebenen der Interaktion spürbaren Wandel in den wechselseitigen Beziehungen zum Ausdruck zu bringen. Ausgewählt wurden somit zunächst Texte, die das Vorgehen, die Motive und Ziele beider Seiten dokumentieren. Berücksichtigt wurden hierfür Aufzeichnungen des Auswärtigen Amtes Berlin, die Protokolle des Reichstags, Berichte der Deutschen Gesandtschaft in Peking sowie der Konsulate einerseits, und Schriftstücke des Waijiaobu (Außenministeriums) wie auch Forderungen und Einschätzungen einflußreicher chinesischer Politiker andererseits. Ebenfalls aufgenommen wurden Schriftstücke, die juristische und diplomatische Konsequenzen nach sich zogen. Hierbei handelt es sich um Vertragsabkommen, Anordnungen und Dekrete unterschiedlicher Art, die den praktischen Fortgang der Beziehungen verbindlich regelten. Schließlich wurde Wert auf Texte gelegt, die den sozialen und kulturellen Umgang beider Länder reflektieren, d.h. entweder konkrete Ereignisse benennen oder Einblicke in die Vorstellung vom jeweils Anderen bieten, die sog. Deutschland- und Chinabilder.

Alle Dokumente wurden mit Anmerkungen versehen, welche notwendige Informationen zum Verständnis und zur Einordnung der Texte enthalten. Dieses gilt insbesondere für einleitende Hinweise zur Herkunft des Textes bzw. dem jeweils verhandelten Tatbestand und die anschließende Reaktion, Wirksamkeit oder Umsetzung der in dem Text genannten Thematik. Angaben zu Personen und Institutionen finden sich in der Regel im Index dieses Bandes. Darüber hinaus sind die Inhalte aller Dokumente mit knappen Worten im Dokumentenverzeichnis erfaßt, einschließlich entsprechender Angaben zur Art des Dokuments, zum Absender und zum Adressaten.

Die Dokumententexte selbst wurden in nur geringem Umfang überarbeitet. Schreibfehler, veraltete Schreibweisen und heute nicht mehr verwendete Transkriptionen sind korrigiert worden. Dieses gilt auch für die Interpunktion und die Verwendung chinesischer Namen, die dem gebräuchlichen Hanyu-Pinyin-System angepaßt wurden. In Ausnahmefällen wurde die alte neben die neue Schreibweise gestellt, auch wurde ein Name oder Ort, wenn er nicht anders identifizierbar war, im Original belassen.

Danksagung

Der hier vorliegende Band des Forschungsprojektes „Dokumente zur Geschichte der deutsch-chinesischen Beziehungen“ erscheint als letzter Band dieser Reihe. Dieser Zeitraum wurde in der Wissenschaft bislang nur auszugsweise berücksichtigt, obwohl es sich um eine wichtige Übergangsphase handelt, die in vielfacher Hinsicht auf den späteren Aufbau der deutsch-chinesischen Beziehungen wirkte. Für die freundliche Unterstützung bei der Bearbeitung des Bandes, die sein Erscheinen möglich macht, danken wir allen, die das Projekt gefördert haben. Insbesondere danken wir der Stiftung Volkswagen für die finanzielle Förderung dieses Projektes.

Bei der Materialsuche haben uns folgende Institutionen unterstützt: das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes, das Bundesarchiv (Berlin-Lichterfelde), das Siemens-Archiv, das Firmenarchiv der Schering AG (Scheringanum) und das Zweite Historische Archiv der Volksrepublik China (Nanjing).

Unser Dank gilt darüber hinaus folgenden Personen: Roland Felber † (Humboldt Universität Berlin), Peter Grupp (Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes), William C. Kirby (Harvard University), Bernd Martin (Universität Freiburg i. Br.), Ma Zhendu (Zweites Historisches Archiv, Nanjing), Joachim Krüger, Tim Trampedach und Dagmar Yü-Dembski (Freie Universität Berlin). Klaus Mühlhahn (Universität Turku) stand dem Projekt beratend zur Seite und Susanne Kuß (Universität Freiburg i. Br.) las das Manuskript. Für Hilfestellung bei den Übersetzungen danken wir Yang Zhan'ao, für die Mitarbeit bei der Endredaktion Sebastian Liebisch.

DOKUMENTENVERZEICHNIS

KAPITEL 1

- 1 Artikel aus der *Shenzhou ribao*, Shanghai (17.07.1911) 65
Der Artikel greift die deutsche Debatte einer freiwilligen Rückgabe der Kolonie Kiautschou auf und bezieht kritisch Stellung dagegen.
- 2 Bericht des Konsuls in Nanjing, Fritz Wendschuch, an Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg (19.03.1912) 66
Wendschuch berichtet positiv von einem Zusammentreffen mit dem provisorischen Präsidenten der Republik China, Sun Yatsen und dem provisorischen Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Wang Chonghui. Er befürchtet allerdings einen Einfluß Amerikas auf die neue Regierung.
- 3 Bericht des Vizekonsuls in Tianjin, Theodor Freiherr von Grote, an den Generalkonsul in Shanghai, Paul von Buri (22.3.1912) 68
Ausführlicher Bericht zu den Unruhen und Plünderungen in Tianjin im Zusammenhang mit dem Sturz des Kaiserhauses. Aufgrund der weiterhin bestehenden Gefahr müsse die militärische Verteidigung der Konzession aufrecht erhalten werden.
- 4 Artikel aus dem *Berliner Tageblatt*, Berlin (29.03.1912) 75
Die deutsche Regierung erklärt, gegen alle Versuche einer Teilung Chinas vorzugehen. Der Artikel beleuchtet die finanzielle Situation und den Verwaltungsapparat der Regierung unter Yuan Shikai. Eine neue Dynastiegründung unter Yuan Shikai sei denkbar.
- 5 Finanzierungsabkommen zwischen Carlowitz & Co. und dem Kriegsministerium der Republik China (30.09.1912) 77
Dem Abkommen nach zieht das Unternehmen Carlowitz & Co. seine Forderungen an das Kriegsministerium bei den ausländischen Banken ein, als Sicherheit dienen vom chinesischen Finanzministerium unterzeichnete kurzfristige Schatzwechsel, die mit Abschluß der geplanten großen Reorganisationsanleihe einzulösen sind.
- 6 Artikel aus der *Minshibao*, Peking (23.03.1913) 78
Deutschland sei weniger einflußreich als die anderen Mächte in China, so der Artikel, und verhalte sich freundlich. Seine Regierung mißtraue der chinesischen Regierung bzw. der Situation in China, verhandle aber über weitere Abschlüsse im Eisenbahnbau.
- 7 Auszüge aus den stenographischen Berichten des Deutschen Reichstags (14.-15.04.1913) 79
Verhandelt werden die Anerkennung der Republik China, die Ausbildung und Einsetzung der Diplomaten, die Relevanz der chinesischen Sprache sowie Deutschlands wirtschaftliche und politische Ziele in China.

- 8 Schreiben des Gesandten in Peking, Elmershaus von Haxthausen, an Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg (29.04.1913) 91
 Ausführungen zu den Verhandlungen um den Abschluß der großen Reorganisationsanleihe. Die politische Bedeutung werde von allen gewürdigt, auch handele es sich um eine moralische Unterstützung Yuan Shikais. Die Auswirkungen auf den Süden Chinas seien nicht einschätzbar.
- 9 Anfrage des Militärattachés in Peking, Hauptmann Rabe von Pappenheim, an das Königliche Kriegsministerium, Berlin (12.06.1913) 92
 Im Namen von Major Dinkelmann, dem neu ernannten Militärberater von Präsident Yuan Shikai, fragt Hauptmann v. Pappenheim an, ob chinesische Offiziere zur Militärausbildung in Deutschland zugelassen werden können. Er liefert eine ausführliche Begründung und befürwortet das Anliegen.
- 10 Artikel aus der *Datong ribao*, Jinan (22.-27.07.1913) 96
 Die Artikelauswahl nimmt Bezug auf ein geheimes Telegramm des chinesischen Gesandten in Berlin, Yan Huiqing, in welchem dieser von den deutschen Expansionsplänen in China berichtet. Das Gefährlichste an Deutschland, so der Artikel, „sind seine ewig wechselnden Gesinnungen“.
- 11 Bericht des Geschäftsträgers in Peking, Adolf Freiherr von Maltzan, an Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg (27.07.1913) 99
 Maltzan berichtet von einem Treffen mit Yuan Keding und der deutschfreundlichen Haltung seines Vaters Yuan Shikai. Deutsche Hilfe auch in der Militärberaterschaft sei als Strategie gegen Japan sehr willkommen.
- 12 Stellungnahme des Konsuls in Mukden, Emil Heintges (16.09.1913) 101
 Heintges äußert sich kritisch zur „Denkschrift“ der Deutschen Vereinigung in Shanghai (Dok. 79) und zeichnet ein eher optimistisches Bild deutscher Erfolge in China.
- 13 Bericht des stellvertretenden Gesandten in Peking, Edwin Freiherr Graf von Seckendorff (13.10.1913) 105
 Ausführlicher Bericht zur Wahl des Präsidenten Yuan Shikai und der Anerkennung der Republik China.

Kapitel 2

- 14 Leitartikel von Du Yaquan aus der *Dongfang zazhi*, Shanghai (01.09.1914) 127
 Du Yaquan, Journalist und Herausgeber der Zeitschrift, diskutiert in dem Artikel die möglichen Folgen des Ersten Weltkriegs für China vor dem Hintergrund der europäischen Geschichte. Unterschiedliche Beispiele und Szenarien werden angeführt und münden in den Schluß, daß Chinas relativ stabile außenpolitische Lage dem Gleichgewicht der Mächte in Europa geschuldet ist. Um dieses weiterhin zu gewährleisten, müsse China strenge Neutralität bewahren.

- 15 Bekanntmachung des Konsuls in Tianjin, Fritz Wendschuch (14.12.1914) 133
 In der *Peking Gazette* abgedruckte Anordnung des Reichs-Marine Amtes zur kostenlosen Heimbeförderung der Frauen und Kinder der Qingdaoer Kriegsgefangenen.
- 16 Artikel aus dem *Berliner Tageblatt*, Berlin (08.01.1915) 134
 Nach Freilassung von Angestellten der Shandong-Bahn lobt der kurze Beitrag das Verhalten der chinesischen Regierung, Deutschland gegenüber Neutralität zu bewahren und die negative Darstellung Deutscher in der japanischen Kriegspropaganda zu verbieten.
- 17 Leitartikel von Marie du Bois-Reymond aus dem *Hamburgischen Correspondent*, Hamburg (25.02.1915) 135
 Unter der Überschrift „Nach dem Fall von Tsingtau“ schildert die Ehefrau des an der Tongji-Medizinischen Hochschule beschäftigten Arztes Claude Dubois-Reymond die Situation in Shanghai nach der Ankunft deutscher Kriegsflüchtlinge. Sie verurteilt die Haltung Großbritanniens.
- 18 Anordnung des Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg an die deutsche Gesandtschaft, Peking (13.04.1915) 138
 Aufgrund offensichtlicher Unklarheiten in der Organisation der Heimreise deutscher Staatsangehöriger werden die Modalitäten auf Wunsch vom Staatssekretär des Reichs-Marine-Amtes, von Tirpitz, erneut bekannt gegeben.
- 19 Leitartikel des Vorsitzenden der Fortschrittspartei, Liang Qichao, aus der *Xinminbao*, Shanghai (11.02.1917) 140
 In seinem Artikel „Nach dem Protest gegen Deutschland, eine Mahnung an die Regierung“ unterstützt Liang Qichao das Kabinett Duan Qiruis und spricht sich für einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland aus.
- 20 Note des chinesischen Gesandten in Berlin, Yan Huiqing, an das AA Berlin (14.02.1917) 142
 Yan Huiqing überreicht Unterstaatssekretär Zimmermann das Telegramm des *Waijiaobu* vom 9. Februar, welches unter Androhung des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen gegen den U-Bootkrieg protestiert. Zimmermann verurteilt diese Handlung und fordert, daß Chinas Regierung ihren Standpunkt revidiere.
- 21 Aufzeichnung des Legationsrats Arthur von Kemnitz, Leitung des Ref. Ostasien, AA Berlin (20.02.1917) 143
 Von Kemnitz resümiert über die Lage in China nach Verschärfung des U-Bootkriegs. Nachdem Amerika am 3. Februar seine diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen hat, werde es China schwer fallen, seine Neutralität zu bewahren.
- 22 Artikel aus der *Xingshibao*, Mukden (23.02.1917) 145
 Der Artikel diskutiert die Kriegsteilnahme und die Haltung der anderen Mächte gegenüber China. Ein Krieg sei äußerst schädlich für China, so daß unbedingt an der Neutralität festgehalten werden müsse.

- 23 Artikel aus dem *Ostasiatischen Lloyd*, Shanghai (23.02.1917) 147
 Unter Hinweis auf die letzten zwanzig Jahre der deutsch-chinesischen Beziehungen schreibt die Zeitung China die Schuld an dem gegenwärtigen „Mißton“ zu. Deutschland habe sich immer als gerechter Freund und moralische Stütze erwiesen.
- 24 Artikel des Reformers Li Dazhao (05.03.1917) 149
 In dem Artikel stimmt Li Dazhao dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu, nennt aber vier Punkte, die seiner Meinung nach vorher geklärt sein müssen.
- 25 Dekret des Präsidenten der Republik China, Li Yuanhong, an das AA Berlin (14.03.1917) 151
 Unter Hinweis auf die Fortsetzung des U-Bootkrieges, das Völkerrecht und den Schutz von Leben und Gut chinesischer Staatsangehöriger erklärt Präsident Li Yuanhong den Abbruch der diplomatischen Beziehungen Chinas zu Deutschland.
- 26 Verbalnote der chinesischen Gesandtschaft, Berlin, an das AA Berlin (22.03.1917) 152
 Die chinesische Gesandtschaft kritisiert das in Deutschland unfreundliche und feindliche Verhalten Deutscher gegenüber Chinesen nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen.
- 27 Artikel des Vorsitzenden der Fortschrittspartei, Liang Qichao (31.03.1917) 153
 In dem Beitrag „Wahre Worte zum Kurs der Außenpolitik: das Problem der Kriegsteilnahme“ nennt Liang Qichao Gründe für den Kriegseintritt Chinas. Schon um der internationalen Isolation zu entgehen, zumal ein siegreiches Deutschland auch vor China nicht Halt machen würde, sei dieser Schritt notwendig.
- 28 Telegramm des Reformers Kang Youwei an Präsident Li Yuanhong und Ministerpräsident Duan Qirui (5./6.04.1917) 157
 Kang Youwei argumentiert gegen den Kriegseintritt Chinas. Es werden unterschiedliche Gründe genannt, u.a. die geographische Entfernung zu Deutschland, der Mangel an Flugzeugen und U-Booten. Am wichtigsten sei die Lage der Bevölkerung. Kang befürchtet, daß China Länder in Chaos und Elend versinken könne.
- 29 Erlaß des *Waijiaobu*: Vorschriften für Deutsche in China (18.04.1917) 163
 Die chinesische Regierung gibt die „Vorschriften betreffend Deutsche, die China verlassen wollen“ und die „Vorschriften betreffend den Schutz deutscher Händler und Abgesandter, die in China wohnen“ nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen bekannt.
- 30 Bericht des niederländischen Gesandten in Peking, Beelaerts van Blokland, an den Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Haag (30.04.1917) 165
 Der niederländische Gesandte berichtet über die Behandlung der Deutschen nach Inkrafttreten der „Vorschriften“ (Dok. 29). Insgesamt kommt er zu einer positiven Einschätzung; es entstehe jedoch der Eindruck, als wolle China den Deutschen die Vorrechte der Exterritorialität entziehen.

- 31 Schreiben von Sun Yatsen an Ministerpräsident Duan Qirui (12.05.1917) 167
 Sun Yatsen argumentiert gegen einen Kriegseintritt Chinas. Das Land sei schwach und verschuldet, würde den Alliierten nur Probleme bereiten, überdies bestehe die Gefahr, daß China sich einer umfassenden Kontrolle durch die Alliierten aussetzen würde.
- 32 Proklamation der Militärregierung in Kanton (26.09.1917) 170
 Nach Beschluß einer Außerordentlichen Versammlung des Parlaments fällt die Militärregierung in Kanton die Entscheidung, sich der Kriegserklärung der Peking-Regierung vom 14. August 1917 anzuschließen.
- 33 Bericht des ehemaligen Generalkonsuls in Shanghai, Hubert von Knipping, Berlin, an Reichskanzler Georg Graf von Hertling (20.12.1917) 172
 Ausführlicher Bericht zu den Bemühungen der deutschen Gesandten in China, durch eine enge Kooperation mit der Süd-Regierung die Kriegserklärung zu verhindern. Einflußreiche Persönlichkeiten konnten gewonnen werden, überdies wurden Sun Yatsen Geldmittel in Höhe von 2 Millionen Dollar zugesagt. Die Situation wird optimistisch beurteilt.
- 34 Aufzeichnung des Ostasiatischen Vereins, Hamburg (Januar 1918) 176
 In Erwartung eines bevorstehenden Friedens formuliert der Ostasiatische Verein „streng vertraulich“ ein umfangreiches Programm, welches dem deutschen Handel in Asien zum Aufschwung verhelfen soll.
- 35 Erlaß des Präsidenten der Republik China, Xu Shichang (25./27.01.1919) 183
 Der Präsidentenerlaß gibt die konkreten Vorschriften für den Umgang mit dem deutschen „feindlichen Eigentum“, Besitztümern wie auch Vermögensbeständen in China bekannt. Die Vorschriften lassen erkennen, daß der Regierung sehr an einer ordentlichen und rechtmäßigen Abwicklung gelegen ist.
- 36 Auszug aus dem Versailler Vertrag (1919) 186
 Gemäß der Artikel 128-134 des Versailler Vertrags verzichtet Deutschland auf die Konzessionen in Hankou und Tianjin sowie auf alle Privilegien und Besitztümer in China. Entsprechend der Artikel 156-158 werden Deutschlands Rechte und Besitztümer in Kiautschou auf Japan übertragen.

Kapitel 3

- 37 Artikel des Reformers Kang Youwei aus der *Dalu ribao*, Peking (07.10.1920) 204
 Kang Youwei beklagt Chinas untergeordnete Position in der internationalen Politik und sieht Deutschland, welches sich fünf Jahre mutig in einem Krieg behaupten konnte, als herausragendes Vorbild. Es sei dringend an der Zeit, einen Vertrag mit Deutschland zu schließen, um – ebenso wie Japan – „tüchtige Deutsche“ und deutsche Waren preiswert ins Land zu holen.

- 38 Erlaß des chinesischen Ministeriums des Auswärtigen und des Inneren, Kanton (22.11.1920) 207
Der Erlaß rügt die mangelnde Beachtung der „Einreisebestimmungen für Deutsche“ und fordert das ordnungsgemäße Vorgehen im Einreisefall.
- 39 Bericht des chinesischen Innenministeriums an Präsident Xu Shichang (19.12.1920) 208
Veröffentlichung der durch Verordnung des Präsidenten genehmigten Bestimmungen für die Neueinrichtung von Gemeindeverwaltungsämtern der besonderen Bezirke Tianjin und Hankou.
- 40 Lagebericht des Leiters der Deutschen Kommission für China, Herbert von Borch (12.04.1921) 209
Von Borch berichtet über die komplizierten Verhandlungen und chinesische Widerstände bei der Ausarbeitung des deutsch-chinesischen Vertrages.
- 41 Auflistung des sequestrierten deutschen Besitzes in China durch Herbert von Borch, Leiter der Deutschen Kommission für China (26.04.1921) 216
Die hier zusammengefaßten drei Anlagen gewähren Einblick a) in den Umfang des sequestrierten deutschen Besitzes in China, b) den Erlös des in der Französischen Konzession Shanghais veräußerten deutschen Grundeigentums und c) das Verfahren der chinesischen Regierung im Umgang mit deutschem Eigentum.
- 42 Der Deutsch-Chinesische Vertrag zur Wiederherstellung des Friedenszustandes (20. Mai 1921) 221
Der deutsch-chinesische Vertrag nebst Begleitschreiben und Notenwechsel durch die Regierungsbevollmächtigten v. Borch und Yan Huiqing bildet die Grundlage zum Aufbau gleichberechtigter deutsch-chinesischer Beziehungen.
- 43 Artikel aus der *Dongfang zazhi*, Shanghai (25.05.1921) 229
Der Artikel bietet eine optimistische Einschätzung der zukünftigen Gestaltung der deutsch-chinesischen Beziehungen nach Abschluß des Vertrages.
- 44 Artikel aus der *Shuntian shibao*, Peking (26.05.1921) 230
Der Artikel argumentiert, daß der Abschluß des deutsch-chinesischen Vertrag lediglich ein Ergebnis deutscher Schwäche und seiner Wirtschaftsinteressen in China sei. China solle die Gelegenheit nutzen, aber bedachtsam vorgehen.
- 45 Aufzeichnung des Legationsrats Max Bethcke, AA Berlin, über ein Gespräch mit dem Jurist Wang Chonghui (Juli/August 1921) 232
Bethcke traf sich zu einem Gespräch mit dem Juristen Wang Chonghui, der um Informationen über das deutsche Rechtssystem nachfragte. Deutschland hofft, China werde einen oder mehrere deutsche Juristen als Regierungsberater einstellen.
- 46 Aufzeichnung des Generalkonsuls in Mukden, Rudolf Walter, über ein Gespräch mit Marschall Zhang Zuolin (24.07.1922) 233
Walter berichtet von den Plänen Zhang Zuolins, deutsche Ingenieure und Spezialisten anzustellen und zeigt Bereitschaft, diese zu unterstützen.

- 47 Bericht des Gesandten in Peking, Adolf Boyé, über die Hochzeitsfeierlichkeiten des Mandschukaisers Aisin Gioro (Pu Yi) (18.12.1922) 236
 Boyés Bericht gibt Einblick in die deutsche „Diplomatie der Vorsicht“. Boyé nahm nicht an den Feierlichkeiten teil, um die neutrale Haltung Deutschlands zu demonstrieren.
- 48 Notenwechsel zwischen dem Außenminister der Republik China, Gu Weijun, und dem Gesandten in Peking, Adolf Boyé (06./07.06.1924) 239
 Der Notenwechsel klärt die noch ausstehenden Kriegsschadensersatzforderungen zwischen Deutschland und China, insbesondere der Deutsch-Asiatischen Bank.
- 49 Bericht des Gesandten in Peking, Adolf Boyé, an das AA Berlin (10.06.1924) 242
 Bericht über die deutsch-chinesische Abmachung vom Juni 1924 (Dok. 48), betr. die Fragen der Deutsch-Asiatischen Bank, die Freigabe deutschen Eigentums in China und die deutsche Zahlung der chinesischen Kriegsschädenforderung.
- 50 Leitartikel aus der *Dongfang zazhi*, Shanghai (10.07.1924) 245
 Der Artikel berechnet die Reparations- und Schuldenfrage zwischen Deutschland und China und zieht dabei eine für China insgesamt positive Bilanz.
- 51 Memorandum des *Waijiaobu*, Peking (06.01.1926) 248
 Das *Waijiaobu* protestiert gegen einen Beitritt Deutschlands zum Washingtoner Abkommen und nennt Gründe, wonach Deutschland dem Abkommen nicht beitreten könne.
- 52 Rundschreiben des Ostasiatischen Vereins, Hamburg, an die deutschen Handelskammern und Vereinigungen in China (13.02.1926) 250
 Der Ostasiatische Verein spricht sich gegen einen übereilten Beitritt Deutschlands zum Washingtoner Abkommen aus und regt an, zunächst die Handelskammern zu befragen, um mögliche Auswirkungen einschätzen zu können.
- 53 Telegramm des Außenministers Gustav Stresemann an die Deutsche Botschaft in Moskau (19.02.1926) 254
 Stresemann rechtfertigt Deutschlands Beitritt zum Washingtoner Abkommen und führt die Kritik u.a. auf russische und chinesische kommunistische Agitation sowie einen übertriebenen Nationalismus Chinas zurück.
- 54 Artikel aus der *Deutschen Allgemeinen Zeitung*, Berlin (01.03.1926) 256
 Der Artikel bedauert die chinesische Wahrnehmung und Empfindlichkeit hinsichtlich der Veranstaltung des Kolonialbundes und betont das gleichberechtigte und freundschaftliche Verhältnis beider Länder.
- 55 Artikel der Studenten Yang Nengshen und Hou Jun aus der *Shehui ribao*, Peking (07.-09.03.1926) 258
 Die in Deutschland studierenden Studenten kritisieren eine Veranstaltung des Akademischen Kolonialbundes, in der sie die Auffassung gewonnen haben, daß Deutschland seine ehemaligen Kolonien zurückerobert wolle.

- 56 Telegramm des Gesandten in Peking, Adolf Boyé, an das AA Berlin (31.07.1926) 263
 Boyé leitet den Vorschlag des Waijiaobu zur deutsch-chinesischen Kooperation im Völkerbund an das AA Berlin weiter und bittet um Ermächtigung, diesem zustimmen zu dürfen.
- 57 Schreiben des Vortragenden Legationsrats Oskar Trautmann, AA Berlin, an die Marineleitung des Reichswehrministeriums (10.12.1926) 264
 Trautmann spricht sich entschieden dagegen aus, daß deutsche Reichsangehörige in irgendeiner Form als militärische Ratgeber für Zhang Zuolin oder andere Militärmachtthaber in Nordchina tätig werden.
- 58 Telegramm des Außenministers Gustav Stresemann an den deutschen Botschafter in Paris, Leopold von Hoesch (01.10.1927) 265
 Stresemann ordnet die finanzielle Unterstützung des chinesischen Gesandten, Wang Tingzhang, an, welcher bereit ist, sich für Deutschlands Interessen im Völkerbund einzusetzen.

Kapitel 4

- 59 Bericht des Vizekonsuls in Kanton, Wilhelm Wagner, an das AA Berlin (15.10.1921) 283
 Bericht über ein Gespräch mit Sun Yatsen. Sun fordert die deutsche Anerkennung der Südregerung und sieht gute Kooperationsaussichten. Wagner bleibt zurückhaltend und konzentriert sich auf die Wiedererlangung der beschlagnahmten deutschen Eigentümer.
- 60 Bericht des Missions-Superintendenten Friedrich W. Leuschner an Max Linde, Verband für den Fernen Osten (03.11.1921) 285
 Leuschner bietet eine überaus positive Einschätzung Sun Yatsens, seiner Ziele und Möglichkeiten. Er verurteilt die einseitige Parteinahme Deutschlands für die Nordregierung und empfiehlt, zur Südregerung ein freundliches Verhältnis aufzubauen.
- 61 Stellungnahme des Sekretariats von Sun Yatsen (29.09.1922) 287
 Sun Yatsen reagiert auf die Gerüchte um eine Allianz mit Sowjetrußland und Deutschland. Er wendet sich gegen den Vorwurf des Bolschewismus, bekräftigt aber, daß nur mit diesen zwei Ländern gleichberechtigte Beziehungen aufgebaut werden könnten.
- 62 Schreiben des Gesandten in Peking, Adolf Boyé, an Generalkonsul Hans Carl Büsing, Kanton (24.02.1923) 289
 Boyé hält den Zeitpunkt für gekommen, Sun Yatsen näher zu treten, gleichzeitig ist jedoch der Abschluß eines Sondervertrages zu vermeiden. Lediglich moralische Hilfe – keine finanzielle Unterstützung – könne geleistet werden.

- 63 Brief von Sun Yatsen, Kanton, an seinen Vertrauensmann Deng Jiayan, Berlin (18.08.1923) 291
Sun formuliert den Auftrag, Deng solle hochstehende Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft für seine Ideen und eine deutsch-chinesische Zusammenarbeit gewinnen.
- 64 Aufzeichnung des Ministerialdirektors Hubert von Knipping, Berlin (08.09.1923) 292
Aufzeichnung über ein Gespräch mit Deng Jiayan im AA Berlin, bei dem Deng die Kooperationsvorschläge Sun Yatsens überreicht und ihm wirtschaftliche Annäherung auf privater Basis in Aussicht gestellt wird.
- 65 Artikel aus der *Dazhonghua shangbao*, Tianjin (19.09.1923) 294
Dem Artikel nach kritisiert die Peking-Regierung den möglichen Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Deutschland und der Kanton-Regierung. Überdies wird berichtet, daß dem deutschen Gesandten eine entsprechende Note überreicht worden sei.
- 66 Schreiben des Ministerialdirektors Hubert von Knipping, AA Berlin, an die deutsche Gesandtschaft, Peking (14.02.1924) 294
In dem vertraulichen Schreiben berichtet Knipping von den Aktivitäten Deng Jiayans und übermittelt in einer Anlage die Kooperationsvorschläge Sun Yatsens. Eine verbindliche Antwort sei Deng nicht erteilt worden.
- 67 Aufzeichnung des Generalkonsuls in Kanton, Remy (18.02.1924) 298
In seinem detaillierten Bericht notiert Remy mit Sorge die Zunahme einer deutschen Beraterstätigkeit in Kanton. Überdies warnt er davor, den Plänen Suns Glauben zu schenken und zeichnet ein desolates Bild seiner militärischen Stärke.
- 68 Bericht des Generalkonsuls in Kanton, Remy, an die deutsche Gesandtschaft, Peking (27.02.1924) 302
Remy berichtet von einem Treffen mit General Zhu Hezhong, dem Vertrauten Sun Yatsens. Obgleich er von Zhu wenig angetan ist, formuliert er mögliche Kooperationsvorschläge, die auf dessen Zustimmung stoßen.
- 69 Solidaritätsschreiben der Zentrale der KPD, Berlin, an das Zentralkomitee der GMD anlässlich des Todes von Sun Yatsen (17.03.1925) 304
Die Zentrale der KPD drückt im Namen der deutschen Arbeiterschaft ihre Sympathie und Solidarität anlässlich des Todes von Sun Yatsen aus.
- 70 Leitartikel aus *Die Rote Fahne*, Berlin (25.11.1925) 304
Unter der Überschrift „China ruft: Nieder mit dem Imperialismus!“ publiziert die Zeitung einen Aufruf zum gemeinsamen Kampf, verfaßt von Professoren der Peking Universität.
- 71 Flugblatt der Sektion Guomindang in Deutschland, Berlin (Februar 1926) 306
Das Flugblatt zitiert verschiedene chinesische Zeitungen und unterstreicht Chinas Protest gegen einen Beitritt Deutschlands zum Washingtoner Abkommen.

- 72 Aufzeichnung des Historikers Johann von Leers über eine kommunistische Versammlung in den Musikersälen, Berlin (23.09.1926) 309
 Unter der Überschrift „Hände weg von China!“ werden das britische Vorgehen in China und der Imperialismus auf das Schärfste kritisiert. Hauptredner der Versammlung ist der Vorsitzende der KPD, Ernst Thälmann. Am Ende wird eine gemeinsame Resolution verabschiedet.
- 73 Bericht des Gesandten in Peking, Adolf Boyé, an das AA Berlin (26.11.1926) 312
 Boyé diskutiert unterschiedliche Auffassungen zur Anerkennung der nationalistischen Kanton-Regierung. Nach Abwägen der militärischen und politischen Lage in China, aber auch der Situation in Europa, bleibt nur die Empfehlung, abzuwarten und sich am Vorgehen der anderen Mächte zu orientieren.
- 74 Offenes Telegramm des AA Berlin an die Gesandtschaften in China (10.12.1926) 315
 Kurze Mitteilung zur in Deutschland positiven Presse-Berichterstattung über die Kanton-Regierung.
- 75 Artikel aus der *Zhongyang ribao*, Hankou (23.-28.05.1927) 315
 In dem Artikel berichtet die Zweiggruppe der Guomindang in Deutschland ausführlich von ihrer Propagandatätigkeit in Deutschland und den Konflikten zu anderen chinesischen politischen Organisationen.
- 76 Bericht des Agrarexperten Wilhelm Wagner, Wiesbaden, an das AA Berlin (14.06.1927) 319
 Wagner berichtet nach kurzem Aufenthalt in Kanton von den Plänen des dortigen Innenministers Zhu Jiahua, deutsche Berater einstellen zu wollen. Auf deutscher Seite müsse man die Initiative ergreifen, da dieser Umstand nach Entlassung der russischen Berater für Deutschland und für den deutschen Handel von Vorteil sei.
- 77 Bericht des Gesandten in Peking, Adolf Boyé, an das AA Berlin (09.08.1927) 322
 Boyé spricht sich entschieden gegen eine Anwerbung deutscher Militärberater aus, äußert sich abfällig zu den neuen Machthabern in China und diskutiert grundsätzliche Fragen der deutschen Chinapolitik.

Kapitel 5

- 78 Bericht des Militärattachés in Peking, Major Gustav von Westernhagen, an das Königliche Preußische Kriegsministerium, Berlin (02.04.1912) 344
 Detaillierter Bericht über deutsche Waffenexporte nach China, die Sonderstellung deutscher Importunternehmen, japanische Konkurrenz und die Zahlungsschwierigkeiten der chinesischen Regierung.

- 79 „Geheime Denkschrift“ der Shanghaier Vereinigung zur Verbreitung des Deutschtums in China (03.01.1913) 346
Die Vereinigung konstatiert einen Rückgang des Deutschtums in China. Zur Förderung der deutschen Wirtschaftsinteressen fordert sie in dieser seinerzeit viel diskutierten Denkschrift eine Ausweitung der kulturellen Initiativen des Deutschen Reiches in China.
- 80 Schreiben der Deutsch-Asiatischen Bank, Filiale in Jinan, an die Direktion in Shanghai (17.11.1914) 352
Ausführungen zur Situation der DAB in der Provinz Shandong nach der japanischen Besetzung.
- 81 Anonym: Brief aus Shanghai an Friedrich Bayer & Co., Leverkusen (01.12.1915) 354
Der Verfasser berichtet von der antideutschen Stimmung unter den Ausländern in Shanghai, einer deutsch-freundlichen chinesischen Kaufmannskaste, Lügennachrichten und deutscher Propaganda.
- 82 Geschäftsbericht des Ingenieurs Gustav Amann, Siemens China Co., Hankou (21.06.1916) 356
Der Geschäftsbericht reflektiert den kriegsbedingten Rückgang der Materiallieferungen aus Deutschland in den Jahren 1915/16, die damit verbundenen Schwierigkeiten zur Umsetzung weiterer Projekte und die Lage der Konkurrenzunternehmen.
- 83 Schreiben des Ingenieurs Georg Baur, Direktorium der Friedr. Krupp-Aktiengesellschaft, Essen, an den Staatssekretär des AA Berlin (27.12.1916) 359
Anfrage zur Organisation eines Rüstungsgeschäftes mit China nach Kriegsende, welches das Unternehmen Carlowitz & Co. als Vertreter der Krupp-AG. bereits abgeschlossen hat.
- 84 Bericht des Monteurs Weinlig, Siemens China Co. (11.06.1919) 361
Weinlig, der 1916 die Aufgaben des Monteurs beim Elektrizitätswerk in Yunnan übernommen hatte, berichtet von der strapaziösen Anreise, möglichen neuen Projekten und den kriegsbedingten Problemen vor Ort.
- 85 Schreiben des Vorsitzenden des Ostasiatischen Vereins, Martin March, Hamburg, an das AA Berlin (18.07.1919) 366
Der Vorsitzende des OAV drängt auf einen raschen Wiederaufbau deutscher Handelsfirmen in China, benennt die Schwierigkeiten und zeigt Lösungsmöglichkeiten auf.
- 86 Schreiben von H. Fischer, Arnhold, Karberg & Co., Tianjin, an die Stammfirma in Berlin (01.11.1919) 368
Fischer berichtet von der Lage der Deutschen in Tianjin, einer entspannteren Handhabung chinesischer Vorschriften und Problemen bei der Wiederaufnahme des Handels.

- 87 Stellungnahme des Reichsamtes für Deutsche Einwanderung, Rückwanderung und Auswanderung, Berlin (04.12.1920) 370
Das Reichsamt betont nachdrücklich, daß China kein Einwanderungsland für Deutsche sei und warnt vor einer verfrühten Ausreise.
- 88 Artikel aus der *Shenbao*, Shanghai (21.02.1921) 371
Unter der Überschrift „Das Handelsproblem zwischen China und Deutschland“ behandelt der Artikel die Fälschung deutscher Warenzeichen, die Frage der Exterritorialität und die positive Erwartungshaltung chinesischer Geschäftsleute.
- 89 Auszug aus einem Bericht des Deutschen Generalkonsulats in Shanghai (30.05.1923) 372
Der Bericht behandelt den Aufschwung des Im- und Exporthandels mit China und konstatiert gute Aussichten auch für deutsche Firmen und Waren.
- 90 Schreiben des Ministerialdirektors Hubert von Knipping, AA Berlin, an die Deutsch-Asiatische Bank, Berlin (28.12.1923) 374
Knipping erörtert die Schadensersatzansprüche der Deutsch-Asiatischen Bank und kommt zu dem Schluß, daß diese lediglich bei der deutschen Regierung geltend gemacht werden können.
- 91 Bericht von Karl Grosse, Scherings Limited, Shanghai, an die Chemische Fabrik auf Actien (vorm. E. Schering), Berlin (13.06.1924) 376
Grosse sondiert die zukünftigen Absatzchancen der Schering Ltd. in China und bietet eine ausführliche Liste der 1923 importierten Chemikalien einschließlich ihrer Verwendungszwecke.
- 92 Bericht des Konsuls in Shanghai, Fritz August Thiel, an die deutsche Gesandtschaft, Peking (20.11.1924) 381
Thiel erfährt in einem Gespräch mit G. Boolsen, dem Vorsitzenden der Deutschen Handelskammer, Shanghai, daß britische und amerikanische Handelskreise anstreben, Deutschland wieder in den Kreis der exterritorialen Mächte aufzunehmen.
- 93 Bericht von C. J. Gutt, Scherings Limited, Shanghai, an die Chemische Fabrik auf Actien (vorm. E. Schering), Berlin (04.06.1925) 383
Gutt, der neue Leiter der Shanghaier Niederlassung, berichtet von den Unruhen in Shanghai sowie von den Aussichten im Handel mit Chemikalien- und Photomaterial.
- 94 Bericht des Vizekonsuls in Shanghai, Enno Bracklo, an die deutsche Gesandtschaft, Peking (17.12.1925) 386
Bracklo erfährt von der britischen Gründung einer internationalen Anti-Bolschewiken-Liga und wird gebeten, Deutsche zu benennen, die dem Forum beitreten können. Sämtliche Vorstandsmitglieder der Deutschen Handelskammer lehnen ab.
- 95 Geschäftsbericht der Siemens China Co., Shanghai (1927) 388
Trotz des anhaltenden Bürgerkriegs zieht der Geschäftsbericht des Jahres 1926 eine positive Bilanz, wengleich wesentliche Neuerungen eingefordert werden: Chinesisch sprechendes Personal und chinesischsprachige Werbung seien unabdingbar.

- 96 Bericht des Konsuls in Mukden, Martin Fischer, an die deutsche Gesandtschaft, Peking (12.10.1926) 391
Bericht über den abnehmenden deutschen Einfluß im Mukdener Waffenarsenal Zhang Zuolins, die Probleme der deutschen Angestellten und die positive Einstellung junger chinesischer Ingenieure gegenüber Deutschland.
- 97 Schreiben des Finanzministeriums der Republik China an die Deutsch-Asiatische Bank, Peking (04.04.1927) 394
Das Finanzministerium fordert die DAB wiederholt auf, für eine Wiederaufnahme des Anleihendienstes die Forderungen der Hongkong & Shanghai Bank zu begleichen.
- 98 Aufzeichnung des Staatssekretärs des AA Berlin, Carl von Schubert (21.04.1927) 395
Wiedergabe eines Gesprächs mit dem britischen Botschafter Sir Ronald Lindsay, in dem von Schubert sich u.a. zum Vorwurf des illegalen Waffenhandels mit China äußert.
- 99 Schreiben des Gesandten in Peking, Adolf Boyé, an den chinesischen Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Wang Yintai, Peking (16.08.1927) 396
Boyé fordert die chinesische Regierung auf, die deutschen Forderungen an der Huguang-Anleihe zu begleichen. Bisher wurden alle Gläubigerländer berücksichtigt, nur nicht Deutschland.
- 100 Geschäftsbericht der Deutsch-Asiatischen Bank, Shanghai, über die Jahre 1915-1927 (21.09.1928) 397
Im Geschäftsbericht rekapituliert der Vorstand der DAB die katastrophale Entwicklung der Jahre 1915-1927.
- 101 Handelsstatistiken (1910-1928) 401
Ausgewählte Statistiken zu ausländischen Firmen in China sowie zum Im- und Exporthandel mit China.

Kapitel 6

- 102 Brief des Gelehrten Gu Hongming, Shanghai, an Richard Wilhelm (27.05.1911) 425
Gu Hongming bedankt sich nach Erhalt der deutschsprachigen Übersetzung des "Dao-dejing". Zugleich kritisiert er die Verbreitung dieser Schrift, da doch der Konfuzianismus weitaus mehr zum Verständnis Chinas beitrage.
- 103 Schreiben des Historikers Karl Lamprecht, Leipzig, an den Erziehungsminister der Republik China, Cai Yuanpei (Sommer 1912) 426
Lamprecht berichtet von der Arbeit am Institut für Kultur- und Universalgeschichte, neuen Übersetzungsprojekten und dankt Cai für die Zusage, chinesische Wissenschaftler nach Leipzig entsenden zu wollen.

- 104 Entwurf des „Deutschlandbuchs für Chinesen“ (Januar 1914) 428
Ankündigung der geplanten umfangreichen Aufklärungsschrift sowie Auflistung der an seiner Realisierung beteiligten Personen und Institutionen.
- 105 Schreiben des Gesandten in Peking, Elmershaus von Haxthausen, an Generalkonsul Hubert von Knipping, Shanghai (20.02.1914) 432
Der Gesandte sieht die deutsche Sprache in den neuen Lehrplänen der chinesischen Regierung angemessen vertreten, jedoch müsse dem chinesischen Volk ihr praktischer Wert und Nutzen nahegebracht werden.
- 106 Artikel aus der *Täglichen Rundschau*, Berlin (15.03.1914) 434
Der Artikel beklagt die ungenügende Vertretung der deutschen Interessen in China.
- 107 Aufzeichnung: Gründung der Chinesisch-Deutschen Freundschaftsvereinigung, Berlin (20.05.1914) 434
Angaben zu den Gründungsmitgliedern, der Organisation und Vorgehensweise der Freundschaftsvereinigung, die das Ziel hat, persönliche Beziehungen zwischen Chinesen und Deutschen zu schaffen.
- 108 Bericht des Gesandten in Peking, Paul von Hintze, an Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg (03.03.1915) 436
Von Hintze übermittelt die Unterstützungsgesuche von vier deutschen Missionsgesellschaften, deren Forderungen er nach kritischer Prüfung teilweise ablehnt.
- 109 Verwaltungsvorschriften des Erziehungsministeriums der Republik China für die Angelegenheiten der Auslandsstudenten in Europa (26.08.1915) 441
Bekanntgabe der Vorschriften und der konkreten Organisation des Auslandsstudiums für Stipendiaten und privat finanzierte Auslandsstudien.
- 110 Auszüge aus dem Geschäftsbericht des Deutsch-Chinesischen Verbandes (1916) 444
Bericht über die erfolgreiche Kontaktaufnahme mit Chinesen und die Vermittlung chinesischer Studenten in deutsche Industriebetriebe. Für den Ausbau der deutsch-chinesischen Beziehungen sei sie von hohem Wert.
- 111 Missionsdenkschrift des Konsularbeamten A. Lühje (22.06.1916) 447
Orientiert am Beispiel Amerika, äußert Lühje sich zu den deutschen Kulturaufgaben und zur deutschen Mission in China. Er fordert eine Ausweitung der Missionsarbeit, hebt ihre bisherigen Leistungen hervor und kritisiert ihre mangelnde Organisationsfähigkeit.
- 112 Bericht des Schulleiters der deutsch-chinesischen Mittelschule zu Tianjin, Gustav Berg (10.12.1917) 451
Bericht über die schwierige Lage der Schule nach Kriegsbeginn und das Interesse der chinesischen Regierung, den Schulbetrieb aufrechtzuerhalten.

- 113 Bericht des Reichswehrministers Gustav Noske an Reichskanzler Gustav Bauer, Berlin (19.02.1920) 453
Noske unterstreicht die Notwendigkeit zur Errichtung höherer Bildungseinrichtungen in China und schlägt vor, die Geldsumme, die früher der Deutsch-Chinesischen Hochschule in Qingdao zukam, hierfür einzusetzen.
- 114 Bericht des Dozenten Ferdinand Lessing, Peking (26.03.1920) 455
Lessing berichtet über seine Berufung an der Peking Universität. Er beschreibt die Arbeitsbedingungen als äußerst schwierig, ist aber überzeugt, daß diese Stelle mit einem deutschen Wissenschaftler besetzt sein muß.
- 115 Vertrag zum deutsch-chinesischen Aufbau der Tongji-Medizin- und Ingenieurschule, Shanghai (29.03.1921) 457
Vereinbarung zwischen dem Verband für den Fernen Osten und dem Tongji-Komitee zur gemeinsamen Verwaltung und Organisation der Tongji-Universität.
- 116 Artikel des Studenten Wang Guangqi, Shanghai (Oktober 1920) 459
Wang Guangqi schildert das Leben chinesischer Studenten in Deutschland und nennt drei Gründe für die Attraktivität des Studiums in Deutschland.
- 117 Schreiben des Sinologen Erich Hänisch, Berlin, an das AA Berlin (27.10.1921) 463
Hänisch hebt die wachsende Bedeutung Chinas hervor, kritisiert die fehlende Anerkennung der Sinologie in Deutschland, skizziert ihre Situation und bittet das AA um materielle Unterstützung.
- 118 Aufzeichnung des Gesandten in Peking, Adolf Boyé, an das AA Berlin (30.05.1922) 466
Die gleichberechtigten Beziehungen zu China erfordern nach Boyé neue Wege der wechselseitigen Kommunikation, deren Grundlage die Beherrschung der chinesischen Sprache im diplomatischen Dienst sein muß.
- 119 Rede des Philosophen Zhang Junmai anlässlich der Ankunft des Philosophen Hans Driesch in Shanghai (1923) 469
Zhang Junmai (Carsun Chang) äußert sich zum Zweck der Einladung, betont die Notwendigkeit zur Reform des chinesischen Hochschulwesens, des wissenschaftlichen Austauschs und seine Wertschätzung Deutschlands.
- 120 Aufsatz des Sinologen Otto Franke (1924) 472
Franke nimmt Stellung zur Umformung des Seminars für Orientalische Sprachen in Berlin. Er spricht sich deutlich für eine Eingliederung der Auslandsstudien in die Universitäten aus und prophezeit das Ende des Orientalischen Seminars.
- 121 Artikel aus der *Ostasiatischen Rundschau* zur Tongji-Universität, Shanghai (April 1925) 475
Der Artikel beschreibt die feierliche Einweihung der Universität (1924), die deutsch-chinesischen Anstrengungen zum Ausbau der Lehranstalt und die Situation der einzelnen Einrichtungen.

- 122 Ansprache des Gesandten Wei Chenzu anlässlich der Eröffnung des China-Instituts, Frankfurt/M. (15.11.1925) 479
Wei spricht von der Notwendigkeit und den Vorteilen des Kulturaustauschs für China und sieht im China-Institut eine beispielhafte Einrichtung, welche auch in anderen Ländern aufgebaut werden sollte.
- 123 Schreiben des Generalkonsuls in Shanghai, Fritz August Thiel, an das AA Berlin (08.03.1926) 481
Thiel beklagt sich über die Organisation der deutschen Filmpropaganda in Shanghai, die aufgrund der amerikanischen Konkurrenz ohnehin nur in deutschen Lehreinrichtungen zur Aufführung kommt.
- 124 Erinnerungen von Zhu De an seinen Studienaufenthalt in Deutschland (1922-1926) 484
Zhu De, im Interview mit der amerikanischen Journalistin und Sozialistin Agnes Smedley, berichtet von seiner Studienzeit und seinen politischen Aktivitäten in Deutschland.
- 125 Schreiben des Gesandten in Peking, Adolf Boyé, an das AA Berlin (12.06.1926) 490
Boyé wendet sich gegen den Plan einer deutsch-katholischen Missionsschule in Qingdao und berichtet von antichristlichen sowie ausländerfeindlichen Handlungen. Fazit: Man solle China mit deutschen Kulturbestrebungen in Frieden lassen.
- 126 Besprechung des erweiterten Vorstands des China-Instituts e.V., Frankfurt/M. (15.02.1927) 493
Die erweiterte Vorstandssitzung konkretisiert die Zusammenarbeit zwischen dem China-Institut und dem Ostasiatischen Verein Hamburg-Bremen zum gemeinsamen Aufbau kultureller und wissenschaftlicher Beziehungen mit China.

Kapitel 7

- 127 Interview des Journalisten Erich von Salzman, Shanghai, mit Sun Yatsen (Oktober 1912) 510
Sun berichtet von seinen positiven Eindrücken aus Qingdao und erklärt, daß er in Deutschland einen „uneigennütigen Freund“ und ein Vorbild für China sehe. Er hoffe auf deutsche Unterstützung.
- 128 Ausführungen des Philosophen Hermann Graf von Keyserling (Jena 1913) 513
In seinem Vortrag skizziert Keyserling die Unterschiede zwischen Okzident und Orient, betont die Notwendigkeit wechselseitigen Lernens und bringt seine Hoffnung für ein Wiedererwachen des traditionellen China zum Ausdruck.

- 129 Ausführungen des Journalisten Erich von Salzmann (Berlin 1913) 518
 In seinem Werk *Das revolutionäre China* sieht v. Salzmann die Revolution des Jahres 1911 als gescheitert an und erkennt in dem „gemäßigten absoluten Staat“ die beste Regierungsform für China. Obgleich skeptisch, sieht er keine Alternative zu Yuan Shikai.
- 130 Ausführungen des Schriftstellers Hermann Hesse (1913/1926) 521
 Hesse äußert sich zur „China-Begeisterung“ in Deutschland und den Schriften von Laozi und Konfuzius. Mit Hinweis auf Goethe fordert er, von China zu lernen und sieht die Ähnlichkeit der Kulturen.
- 131 Ausführungen des Publizisten Paul Rohrbach (Leipzig 1912/1915) 522
 Mit starken Worten umreißt Rohrbach die gewaltigen Umwälzungsprozesse in China und appelliert an die Gebildeten Deutschlands, diese Gelegenheit zur Verbreitung deutscher Bildung im Wettbewerb um den kulturellen Einfluß in China nicht verstreichen zu lassen.
- 132 Geburtstagswünsche des Studenten Liao Shangguo, Berlin, an Kaiser Wilhelm II. (26.01.1916) 526
 In seinem Glückwunschschreiben begeistert Liao sich für die Kriegserfolge Deutschlands, findet entschuldigende Worte für die Besetzung Qingdaos und hofft auf einen deutschen Sieg sowie eine Intensivierung der beiderseitigen Beziehungen.
- 133 Ausführungen des Philosophen Gu Hongming (Jena 1916) 529
 In seiner Schrift *Der Geist des chinesischen Volkes und der Ausweg aus dem Krieg* charakterisiert Gu Hongming die westlichen Nationen und empfiehlt ihnen das Studium der chinesischen Zivilisation zur Überwindung der Krise in Europa. Schuld an dieser sei nicht der deutsche Militarismus, sondern der Geist des Kommerzialisismus, den es durch Schicklichkeit und guten Geschmack zu beseitigen gilt.
- 134 Auszug aus dem Werk des Sinologen Eduard Erkes (Leipzig 1920) 533
 In dem Schlußkapitel des Bandes *Chinesen* begründet Erkes Chinas Aufbegehren gegen die christliche Mission und sieht die Chinesen als „Verstandesmenschen“, die genau erkennen, was der Westen ihnen zu bieten hat. Er plädiert für einen friedlichen wissenschaftlichen Kulturaustausch auf der Grundlage gleichberechtigter Beziehungen.
- 135 Schreiben des Ausschusses der Chinesischen Studenten in Deutschland, Berlin (Juli 1920) 535
 Der Studentenprotest richtet sich gegen den seinerzeit populären Film „Die Herrin der Welt“, welcher das chinesische Volk als grausam, unsittlich, fremdenfeindlich und hinterlistig darstellt.
- 136 Artikel des Kommunisten Zhou Enlai (01.02.1921) 538
 Zhou Enlai beschreibt die Nachkriegssituation in Europa, staunt über die Arbeitslosigkeit qualifizierter Arbeiter und zieht Vergleiche zu China. Überdies konstatiert er, daß Deutschland seine Reparationszahlungen nicht wird leisten können.

- 137 Reiseeindrücke des Sozialisten Jiang Kanghu nach seinem Aufenthalt in Deutschland (10.07.1922) 541
 Nach zweimonatigem Aufenthalt in Deutschland zeichnet Jiang Kanghu durch seine präzisen Beobachtungen und vielfältigen Gespräche ein differenziertes Deutschlandbild der Nachkriegszeit.
- 138 Auszüge aus dem Werk von Karl August Wittfogel (Wien 1926) 547
 In seinem Werk *Das erwachende China* übt Wittfogel, ausgehend von dem „30. Mai-Zwischenfall“ in Shanghai, starke Kritik am Imperialismus und rückt China in das Zentrum einer bolschewistischen Weltrevolution.
- 139 Auszug aus dem Werk von Richard Wilhelm (Berlin 1926) 551
 In dem Kapitel „Ost und West“ aus dem Werk *Die Seele Chinas* erklärt Wilhelm, weshalb er in der chinesischen Lebensweisheit ein Heilmittel und die Rettung für das moderne Europa sieht.
- 140 Rede des Vorsitzenden der KPD, Ernst Thälmann (13.12.1927) 552
 In der Rede „Die chinesische Revolution und die Aufgaben der Arbeiterschaft“ beschreibt Thälmann die chinesische Revolution als eine Gefahr für den Imperialismus. Er ruft zum gemeinsamen Widerstand gegen den Imperialismus auch in China auf und fordert die Anerkennung der Kanton-Regierung.

Einführung

Die deutsch-chinesischen Beziehungen: Vom Kolonialismus zur „Gleichberechtigung“, 1911-1927

Der vorliegende Band behandelt die Beziehungen zwischen Deutschland und China in den Jahren von 1911 bis 1927. Dieser Zeitraum läßt sich als Übergangszeit von der Phase des Kolonialismus und Imperialismus hin zur Phase des Aufbaus politisch gleichberechtigter Beziehungen charakterisieren. Die Jahre des Ersten Weltkriegs stellen einen zentralen Wendepunkt dar und trennen diesen Zeitraum in drei Phasen, in denen sich der Wandel von kolonialen und hierarchisch geprägten ungleichen Beziehungen (1911-1919), zur Periode der Neuorientierung beider Länder (1919-1921) hin zu einer Periode politisch gleichberechtigter Beziehungen (1921-1927) vollzog. Deutliche Zäsuren waren das Jahr 1917, in dem China seine Beziehungen zu Deutschland abbrach und Deutschland den Krieg erklärte, und das Jahr 1921, in dem beide Länder einen Vertrag auf gleichberechtigter Basis schlossen.

Vor dem Hintergrund des in beiden Ländern konfliktreichen Übergangs vom Kaiserreich zur Republik wurden die wechselseitigen Beziehungen innerhalb dieses Zeitraums aufgrund konkreter Ereignisse nahezu alle zwei Jahre verhandelt.¹ Dabei sollten die weitreichenden Auswirkungen des Ersten Weltkriegs, aber auch der Umstand, daß China in Deutschland niemals seinen wirklichen „Kriegsgegner“ gesehen hatte, den Charakter der Beziehungen in den zwanziger Jahren prägen. Neben dem Ende der kolonialen Präsenz Deutschlands waren für diese Phase zwei weitere Faktoren von Bedeutung: Erstens die in den Versailler Friedensvertrag gesetzten Hoffnungen beider Länder auf Gleichbehandlung auf internationaler Ebene, die unerfüllt blieben, so daß Deutschland und China – aus ganz unterschiedlichen Positionen heraus – sich jeweils als „Verlierer“ empfanden. Internationale Isolation und die

¹ Hingewiesen sei an dieser Stelle auf den Sturz der Mandschu-Dynastie (1911), den Beginn des Ersten Weltkriegs und der Verlust der Kolonie Kiautschou (1914), den Abbruch der diplomatischen Beziehungen und die Kriegserklärung Chinas (1917), den Versailler Vertrag (1919), den deutsch-chinesischen Vertrag (1921), den Ausgleichsvertrag (1924), Deutschlands geplanten Beitritt zum Washingtoner Abkommen (1925), den Nordfeldzug der revolutionären Südamree (1926-1928) und die Errichtung der Nanjing-Regierung (1927).

Unzufriedenheit beider Regierungen wie auch weiter Bevölkerungsteile über den als ungerecht empfundenen Versailler Vertrag forcierten die Idee einer „Verlierergemeinschaft“. Im Kontext dieser neuen Sieger-Verlierer-Konstellation betrieben die Regierungen beider Länder eine auf Revision des Versailler Vertrages ausgerichtete Politik, wobei sich eine enge Kooperation zur Realisierung dieses Zieles anbot. Zweitens der infolgedessen am 15. Mai 1921 zwischen Deutschland und China geschlossene erste „gleichberechtigte“ Vertrag Chinas, der die Vorstellung einer „Freundschaft“ verstärkte und dazu führte, daß diese Beziehungen einen Modellcharakter gegenüber den „ungleichen“ Vertragsstaaten erhielten.²

Chinas Kriegsteilnahme wird in allgemeinen Darstellungen oftmals nur unzureichend berücksichtigt.³ Innerhalb der deutsch-chinesischen Beziehungen wird allerdings den zwei o.g. Faktoren eine privilegierte Position eingeräumt, deren Motive und praktische Auswirkungen weitgehend in themenbezogenen Einzeldarstellungen, jedoch nicht in einer alle Facetten der Beziehungen abbildenden Gesamtperspektive aufgearbeitet wurden. So erwecken die Beziehungen der zwanziger Jahre den Eindruck eines diffusen Übergangsstadiums, welches am Ende unweigerlich in die 1927 von General Jiang Jieshi (Chiang Kai-shek) eingeleitete Kooperation zu münden schien. Dem sei hinzugefügt, daß die deutsch-chinesischen Beziehungen der zwanziger Jahre in Arbeiten zur „Warlord-Periode“ (1916-1928) Chinas kaum Erwähnung finden, zu sehr dominierten England, die USA, Japan und Rußland das internationale Geschehen in China.⁴ Entgegen dieser zwei Einschätzungen hat die intensive Bearbeitung des Materials deutlich werden lassen, daß weder die Konstruktion eines geradlinigen Aufschwungs der Beziehungen noch die Vorstellung von einer „Bedeutungslosigkeit“ Deutschlands den Charakter der Beziehungen jener Dekade erfassen.

Tatsächlich war der Wiederaufbau der deutsch-chinesischen Beziehungen ein kompliziertes Unterfangen, weil beide Länder in ihren Gestaltungsmöglichkeiten erheblich eingeschränkt waren. Ein Grund hierfür waren die jeweiligen innenpolitischen und finanziellen Krisen beider Länder, insbesondere Chinas, welches 1917 in eine Nord- und eine Südregerung zerfallen war und sich im Bürgerkrieg befand. Des weiteren waren Deutschland und China bei Wiederaufnahme der bilateralen Beziehungen an internationale Verträge gebunden und zur Rücksichtnahme auf die Interessen der Siegermächte und die von ihnen festgelegte Nachkriegsordnung gezwungen. Neue Handlungsspielräume ergaben sich aus dem Umstand, daß der Erste Weltkrieg die formale „Einheit“ des auf den Prinzipien der Exterritorialität beruhenden, machtpolitisch und ökonomisch motivierten Vorgehens der ausländischen Mächte in China aufgehoben hatte – Deutschland, Österreich-Ungarn und auch Rußland waren als Vertragsmächte ausgeschieden. Erstmals sah China sich nun in der Lage zur aktiven Gestaltung einer von den ungleichen Verträgen unabhängigen Außenpolitik.

2 Die Konstruktion einer „Freundschaft“ und „Geistesverwandtschaft“ hatte bis in die dreißiger Jahre Bestand. Siehe Martin 2003:40.

3 Wie Kirby (1997:442) bemerkt, könne man viele Arbeiten zur Geschichte des Ersten Weltkriegs konsultieren, ohne jemals von der Kriegsteilnahme Chinas zu erfahren.

4 Siehe z.B. Nathan 1976, McCormack 1977, Young 1977, Sheridan 1983, Wilbur 1983, Osterhammel 1989, Wu Dongzhi 1990, Shi Yuanhua 1994, Guo Jianlin 2000 und Kuhn 2004.

Angesichts dieser Faktoren ist es angebracht, daß seinerzeit sowohl von deutschen wie auch chinesischen Vertretern häufig als „freundschaftlich“ bezeichnete Verhältnis als eines neu zu bewerten, welches sich zwischen den Polen Konflikt und Kooperation bewegte. Denn vor dem Hintergrund der politischen und gesellschaftlichen Wandlungsprozesse, die keine konstante und alle Ebenen gleichmäßig erfassende Annäherung ermöglichten, waren die Beziehungen von positiven und negativen Stellungnahmen, Zweifel und Toleranz, persönlichem Streben, Annäherung und Ablehnung, Freundschaften, Vorurteilen und machtpolitischen Strategien geprägt.

Der vorliegende Dokumentenband versteht sich als Versuch, die vielschichtigen Interaktionen, Diskurse und praktischen Kooperationen dieses Zeitraums erstmals in einer systematischen Darstellung zusammenzuführen. Ausgangspunkt ist, daß die Komplexität der deutsch-chinesischen Beziehungen nicht nur aus der Perspektive der Außenpolitik erfaßt werden kann.⁵ Auch eine nur auf die Bereiche Wirtschaft, Politik (und Militär) reduzierte Darstellung greift eindeutig zu kurz.⁶ Berücksichtigt werden deshalb sowohl die Meinungen, Wahrnehmungen und Handlungen der Diplomaten, Geschäftsleute, Missionare, Wissenschaftler und Journalisten als auch Zeitungsartikel, Flugblätter und sonstige Publikationen. Die angestrebte Vernetzung von Politik, Wirtschaft und Kultur verbindet Öffentliches mit Privatem nicht nur auf der Ebene praktischen Handelns, sondern erfaßt auch den zeitgenössischen Diskurs und den Wandel der wechselseitigen Perception.

Der Zeitrahmen orientiert sich an zwei Eckdaten der chinesischen Entwicklung, nämlich der Gründung der Republik (1911) und der Errichtung der Nanjing-Regierung (1927), in beiden Fällen erfolgte später die diplomatische Anerkennung auch durch Deutschland. Aus deutscher Perspektive hätte diese Darstellung sicherlich mit dem Jahr 1914 beginnen können, d.h. mit dem Kriegsbeginn, der japanischen Besetzung und dem Verlust der deutschen „Musterkolonie Kiautschou“. Ein mögliches Ende wäre auch die Machtergreifung Hitlers im Januar 1933 gewesen. Daß schließlich den chinesischen Daten der Vorzug gegeben wurde, liegt zum einen daran, daß die wechselseitigen Beziehungen im Kontext der revolutionären Veränderungen Chinas erarbeitet werden sollen und der „Musterkolonie“ bereits ein Sonderband gewidmet ist.⁷ Zum anderen eröffnete gerade die 1927 unter Jiang Jieshi forcierte Hinwendung zu Deutschland neue Möglichkeiten der deutsch-chinesischen Beziehungen, so daß die Dekade der Nanjing-Ära (1927-1937) in einem Teilband abgehandelt wurde.⁸ Erst in dieser Rückschau zeigt sich jedoch, daß die zwanziger Jahre nicht nur eine Periode des Übergangs waren, sondern auch Jahre permanenter Unsicherheit, in denen das Potential zum Wiederaufbau der Beziehungen erst allmählich zur Entfaltung kam.

5 Vgl. Kirby 1996:391.

6 Für eine diesbezügliche Darstellung siehe Wood 1934, Chen Chi 1973, Louven 1982, Kirby 1984, Wu Dongzhi 1990, Osterhammel 1989 und Shi Yuanhua 1994, zum Militär siehe auch Ratenhof 1987.

7 Siehe Leutner 1997.

8 Siehe Martin 2003.

Grundzüge des Wandels in den deutsch-chinesischen Beziehungen, 1911-1927

Zum Zeitpunkt der chinesischen Revolution, die 1911 zum Sturz des chinesischen Kaiserhauses führte, war das Deutsche Reich auf vielfältige Weise in die Strukturen des in China „kooperativ“ agierenden Imperialismus der internationalen Mächte eingebunden. Seit 1897 unterhielt es eine Kolonie unter der Verwaltung des Reichsmarineamts und hatte dort zum Schutz militärische Streitkräfte stationiert. Zudem besaß es seit 1895 zwei Konzessionen (Hankou, Tianjin), beteiligte sich durch die Deutsch-Asiatische Bank und Privatunternehmen an der internationalen Anleihepolitik und hatte ein Monopol im Waffenhandel mit China. Ferner orientierte das Deutsche Reich sein diplomatisches Vorgehen an dem der anderen Mächte, deren gemeinsames Ziel ein zwar geeintes, aber schwaches und abhängiges China war, welches den Fortbestand des Status quo sicherte.⁹ Ungeachtet seiner Einbindung in diese Strukturen des „informellen Imperialismus“, der zwischen 1911 und 1931 seinen Höhepunkt in China erreichte,¹⁰ hatte das Deutsche Kaiserreich 1905 seine Angriffspolitik aufgegeben und eine auf Kooperation angelegte Haltung gegenüber China eingenommen.¹¹ Gemeinsam mit den USA befürwortete es eine Politik der „offenen Tür“, deren Hauptziel die wirtschaftliche Erschließung des Landes war. Trotz offensichtlicher Erfolge empfanden Vertreter aus Handel und Wirtschaft Deutschland als unterrepräsentiert in China und sahen dort insbesondere aufgrund der gestiegenen anglo-amerikanischen Konkurrenz ihren Einfluß schwinden. Initiativen zur Ausweitung der Kulturpolitik, die der Wirtschaft zum Aufschwung verhelfen sollten, konnten im Vorfeld des Krieges nur zum Teil realisiert werden.

Aus chinesischer Perspektive war Deutschland ein starker und moderner Industriestaat, von dessen „verspäteter Modernisierung“ China lernen könne und der schon wegen seiner militärischen Leistungen von herausragenden Intellektuellen, Politikern und Militärmachthabern wie Li Hongzhang, Zhang Zhidong, Kang Youwei, Yuan Shikai, Zhang Zuolin und Sun Yatsen bewundert wurde. Seine führende Position in Europa und die vergleichsweise geringe Machtposition in China ließen das Deutsche Reich zu einem sympathischen Verbündeten werden. Nicht nur wurde das deutsche System einer konstitutionellen Monarchie als Modell für China diskutiert, auch galt Deutschland als Konkurrent Rußlands und Englands und garantierte damit ein Gegengewicht in China. Der deutschen Kolonie Kiautschou kam in diesem Konflikt eine besondere Bedeutung zu, denn sie repräsentierte

9 Jiang Gongcheng 1929:77. Nach Osterhammel (1986:300) kann das imperialistische Vorgehen der Mächte in China deshalb als „kooperativ“ bezeichnet werden, weil die einmal erworbenen Privilegien einer Vertragsmacht durch die Meistbegünstigungsklausel auf andere Mächte übertragen wurden.

10 Ein wesentliches Merkmal des „informellen Imperialismus“ lag darin, daß einheimische Herrscher nicht durch Fremde ersetzt, sondern auf unterschiedliche Weise in ihren Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt wurden. Siehe Osterhammel 1989:170-171.

11 So zog Deutschland nach 1905 u.a. die deutschen Truppen aus Jiaozhou (heute: Jiaoxian, chin. Stadt außerhalb der Kolonie) und Gaomi ab, stellte das Postsystem der chinesischen Verwaltung wieder her, verzichtete auf Zollvergünstigungen und 1911 auf einen großen Teil seiner Rechte und Konzessionen im Bergbau (Wood 1934: 37).

deutsche Macht und Kultur in China, obgleich es sich um ein kapitalintensives Unternehmen handelte, welches nicht die erwarteten wirtschaftlichen Hoffnungen erfüllte. Im Vergleich zu Japan und England erhob Deutschland keine weiteren Gebietsansprüche in China, sondern strebte durch seine Ausgleichspolitik eine wirtschaftliche Expansion an.

Der Aufschwung des deutschen Handels in China wie auch die stetige Zunahme deutscher Firmen und Staatsbürger endeten mit Beginn des Ersten Weltkriegs.¹² Zugleich begann Deutschlands Rückzug aus den Strukturen des informellen Imperialismus. Yuan Shikai, der Präsident Chinas, erklärte im August die Neutralität seines Landes in diesem Krieg, gleichwohl gab es angesichts der von Japan ausgehenden Bedrohung bereits zu diesem Zeitpunkt Bestrebungen einer aktiven Kriegsteilnahme, die allerdings von Japan und England abgewiesen wurden.¹³ Japans Kriegserklärung an Deutschland, die Übernahme seiner Kolonie Kiautschou sowie weitere Forderungen und Gebietsansprüche an China setzten Chinas Regierung erheblich unter Druck. Anschließend führten Yuans Zugeständnisse und seine Bemühungen um den Kaiserthron zu landesweiten Protesten, im Zuge derer mehrere Provinzen ihre Unabhängigkeit erklärten. Nach dem Tod Yuan Shikais (1916) zerfiel auch die Nationalregierung in einzelne Machtzentren. In China wurde die Diskussion um den Kriegsbeitritt nun intensiver geführt, jedoch vertraten die ausländischen Mächte aufgrund divergierender Interessen in dieser Frage unterschiedliche Auffassungen. Ungeachtet der rivalisierenden Lager und Kräfte, persönlicher Ambitionen und der Stimmen der Kriegsgegner, setzte sich in China die Meinung durch, daß eine Kriegsteilnahme positiv sei, weil sie eine Möglichkeit zur Aufnahme in die internationale Staatengemeinschaft und zum Schutz vor Japan darstelle. In Erwartung finanzieller Vergünstigungen, einer gleichberechtigten Teilnahme an der Friedenskonferenz, der Rückerlangung der Souveränität über die von Japan besetzten Gebiete sowie der Abschaffung der ungleichen Verträge bezog Chinas Regierung schließlich erstmals aktiv auf Seiten der Westmächte außenpolitisch gegen ein europäisches Land Stellung. Am 14. März 1917 folgte China der Aufforderung der USA zum Abbruch der Beziehungen mit Deutschland. Deutsche Bemühungen, weitere Schritte Chinas zu verhindern, scheiterten, zu sehr war diese Frage inzwischen mit persönlichen Machtinteressen verbunden. Kurz nachdem die von Ministerpräsident Duan Qirui dominierte Peking-Regierung am 14. August die Kriegserklärung an Deutschland und Österreich-Ungarn durchsetzte, hatte Sun Yatsen eine Gegenregierung in Kanton errichtet, die sich im September der Kriegserklärung anschloß.

Beide Kriegserklärungen waren nicht durch eine spezifische Deutschlandfeindlichkeit motiviert. Vielmehr war China entschlossen, der sich bietenden Aussicht auf internationale Integration und gleichberechtigte Mitsprache höchste Priorität einzuräumen. Am Ergebnis für Deutschland änderte dies nichts. Am Ende des Krieges war die deutsche Präsenz in China auf dem Nullpunkt angelangt.

¹² Zwischen 1905 und 1914 stieg die Zahl deutscher Firmen in China um 71%, die Zahl der Deutschen um 58% (Wood 1934:80).

¹³ Xu Guoqi 2005:90-91.

Die Wiederaufnahme der Beziehungen erfolgte unter gänzlich anderen Voraussetzungen. In China hatte der Ausgang des Krieges zu einer differenzierteren Wahrnehmung Deutschlands geführt, überdies waren der in Versailles getroffenen Entscheidung der Siegermächte, die ehemaligen deutschen Rechte in der Provinz Shandong auf Japan zu übertragen, landesweite Proteste gefolgt. China unterzeichnete den Vertrag nicht, gleichzeitig kam es im Zuge der Vierten-Mai-Bewegung zu umfangreichen antijapanischen Boykotten, in denen sich die Enttäuschung der Bevölkerung entlud. In dieser Situation bot sich Rußland als neuer Partner an, erklärte es doch im Juli 1919 seinen Verzicht auf alle Privilegien und annullierte die vom zaristischen Rußland mit China geschlossenen Verträge.¹⁴ Das Verhältnis zu Rußland blieb jedoch problematisch, wohingegen Chinas Regierung am 15. September den Friedenszustand mit Deutschland als wiederhergestellt erklärte. Am 25. Oktober hob auch die Kanton-Regierung den Kriegszustand auf.¹⁵ Diese Signale der Bereitschaft zur Wiederaufnahme der Beziehungen unterstrichen die Ablehnung des Versailler Vertrags, verhinderten aber nicht, daß die Einhaltung der China betreffenden Artikel später von Deutschland gefordert und zur Voraussetzung für den Wiederaufbau der Beziehungen erhoben wurde. Chinas Vorgehen war Ausdruck eines gestiegenen Selbstbewußtseins, demzufolge zukünftige Verträge nur auf der Basis gleichberechtigter Beziehungen akzeptiert werden sollten.

Das Auswärtige Amt der Weimarer Republik wurde weiterhin von den ehemaligen Staatssekretären aus dem Kaiserreich geführt, ein wirklicher Personalwechsel hatte nicht stattgefunden.¹⁶ Man war sich allerdings der Tatsache bewußt, daß Kooperationsbereitschaft und Freundschaft signalisiert werden müssen, um Deutschland international zu neuem Ansehen zu verhelfen. Das Auswärtige Amt richtete sein Augenmerk verstärkt auf die Situation in Europa und geriet in Bezug auf China unter Zugzwang, weil die diplomatischen Beziehungen noch nicht aufgenommen waren, dort die Liquidierung deutschen Eigentums anhielt und deutsche Händler und Wirtschaftsverbände auf eine rasche Rückkehr nach China drängten.¹⁷ Die Schwäche Deutschlands auszunutzen, lag durchaus im Interesse Chinas, so daß dem schließlich im Mai 1921 unterzeichneten Vertrag zum Aufbau gleichberechtigter Beziehungen langwierige Verhandlungen vorausgingen.¹⁸ Obgleich das Vertragswerk nur positive Reaktionen in China hervorrief, gaben kritische Stimmen zu bedenken, daß Deutschland diesen Vertrag eher aus Not, denn aus Überzeugung und „wahrer“ Freundschaft abgeschlossen habe.¹⁹ Nach Aufgabe der Exterritorialität und aller Privilegien ein-

14 Der Stellvertretende Kommissar für Ausländische Angelegenheiten, Leo M. Karakhan, hatte erstmals am 25. Juli eine entsprechende Erklärung abgegeben (Pollard 1933:124-127, Briessen 1977:80ff).

15 Shi Yuanhua 1994:176. Auf deutscher Seite wurde die Friedenserklärung begrüßt, jedoch wußte man die Ziele der chinesischen Regierung nicht klar einzuschätzen. Vgl. die Aufzeichnung Borch, 25.09.1919 (ADAP, A, Bd. 2, Nr. 178, 321-322).

16 Siehe Grupp 1998:290.

17 Aufzeichnung Knipping, 06.09.1919 (ADAP, A, Bd. 2, Nr. 166, 292-294).

18 Zu den Verhandlungen siehe Dok. 40. Selbst der Reform- und Anhänger einer konstitutionellen Monarchie, Kang Youwei, der sich zuvor gegen einen Kriegseintritt Chinas ausgesprochen hatte, forderte dazu auf, diese einmalige Gelegenheit nicht ungenutzt verstreichen zu lassen (Dok. 37). Eine ähnliche Haltung vertrat Sun Yatsen (Dok. 59 u. 64).

19 Siehe Dok. 44.

schließlich der ausländischen Rechtsprechung war Deutschland sowohl gegenüber China als auch gegenüber den anderen Mächten in eine ambivalente Position geraten. Einerseits stand es isoliert außerhalb der Mächte, nahm seinen Handel aber im Schutz exterritorialer Enklaven auf. Andererseits war es ein Verbündeter Chinas und damit zur strengen Wahrung eines zumindest neutralen Auftretens gezwungen. Daß dieses Auftreten nun von China sorgsam beobachtet wurde, war dem Faktor „Gleichberechtigung“ geschuldet, der – ebenso wie die Kriegeteilnahme – ein Novum in den internationalen Beziehungen Chinas darstellte. Begleitet von einer vorsichtig taktierenden diplomatischen Annäherung erfolgte jetzt die allmähliche Stärkung der bilateralen Beziehungen in den Bereichen Handel und Kultur.²⁰

Der Aufbau der Beziehungen gestaltete sich auch deshalb schwierig, weil China 1917 in eine instabile Nord- und Südregierung zerfallen war, die jeweils von rivalisierenden Militärherren-Cliquen unterstützt und kontrolliert wurden. Gemeinsam mit den anderen Mächten hielt Deutschland zwar an offiziellen diplomatischen Beziehungen zur international anerkannten Peking-Regierung fest, stellte seine Neutralität aber aus zwei Gründen wiederholt in Frage. Erstens durch informelle und private Kontakte zur Kanton-Regierung Sun Yatsens, die 1923 in Gerüchte um eine deutsch-sowjetisch-chinesische Allianz mündeten, sowie zweitens durch umfangreiche illegale Waffenlieferungen an unterschiedliche Militärmachtthaber. Weitere Probleme resultierten aus dem Zerfall der Peking-Regierung und ihrer desolaten Finanzlage, wodurch sich die Rückgabe des liquidierten Besitzes unweigerlich verzögerte. Tatsächlich vermochte Deutschland kaum Druck auf Chinas Regierung auszuüben, was auch erklärt, weshalb es der Deutsch-Asiatischen Bank trotz vertraglicher Zusage (1924) nicht gelingen sollte, den Anleihendienst wieder aufzunehmen. Letztlich war nicht zu übersehen, daß den deutsch-chinesischen Beziehungen im Gesamtkontext internationaler Politik und Wirtschaftsinteressen eine untergeordnete Rolle zukam. Aus chinesischer Perspektive rangierte das kapitalschwache, an Versailles gebundene und deshalb zögerliche Deutschland bis auf Ausnahmen hinter den Geldgebern Großbritannien, USA und Japan. Zudem wagte Deutschland keinen Schritt, ohne sich der Zustimmung der anderen Mächte sicher zu sein, um weder den Wiederaufbau in China noch in Europa zu gefährden. Allerdings konnte es davon profitieren, daß die anderen Mächte am Status quo und den Strukturen des informellen Imperialismus festhielten.²¹

Besondere Bedeutung sollte der Faktor Gleichberechtigung in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre erlangen. Die im Zuge des Zwischenfalls vom 30. Mai 1925 in Shanghai artikulierten antibritischen Proteste und Boykotte hoben das Ansehen Deutschlands in China und wirkten sich positiv auf den Handel aus.²² Zudem signalisierte England jetzt Interesse an den deutschen Erfahrungen und trat in eine Diskussion um die Abschaffung der Exterrito-

20 Vgl. Nie 1982:114.

21 Fox 1991:270ff Zur Anleihepolitik Englands und der USA in China siehe Dayer 1981, zum System und Aufbau des britischen „informal empire“ in China auch Osterhammel 1989:152-171.

22 Dem Zwischenfall folgten umfassende antibritische Boykotte. Er markiert den Beginn eines aktiven Nationalismus und Antiimperialismus in China. Für eine detaillierte Darstellung der Ereignisse siehe Rigby 1980 und Osterhammel 1997. Siehe hier Kap. 3 u. 7 sowie Dok. 93, 94, 124, 138.

rialität ein. Zaghafte Versuche, Deutschlands Rückkehr in den Kreis der privilegierten Mächte anzuregen, wurden in diplomatischen Kreisen abgelehnt und scheiterten am Widerstand der deutschen Händler in Shanghai, die hierin keinen Vorteil sahen. Ihren Höhepunkt erlebte diese Debatte Ende 1925, als die USA Deutschland einlud, dem Washingtoner Abkommen beizutreten. Die Zusage von Außenminister Stresemann führte zu starken chinesischen Protesten in China und in Deutschland, befürchtete man doch plötzlich die Auflösung der Gleichberechtigung und Deutschlands Abkehr von China.²³ Geschürt wurden diese Ängste zudem durch die unter chinesischen Studenten sensible Wahrnehmung deutscher Forderungen zur Rücknahme der Kolonien und die antiimperialistische Kritik der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), die Stresemanns pro-britische Haltung ebenso verwarf wie seine Kooperation mit der Pekinger Militärherren-Regierung im Völkerbund.

Sowohl der Kriegsbeitritt Chinas als auch der 1921 geschlossene deutsch-chinesische Vertrag markieren den Beginn einer neuen Epoche im westlichen Umgang mit China, überdies symbolisieren sie Chinas Willen und gestiegene Macht zur aktiven Durchsetzung seiner Interessen. Zweifellos gab das Vertragswerk diesem Zeitraum eine neue Prägung und wurde von Deutschland und China auch als politische Strategie zur Reintegration in die internationale Staatengemeinschaft instrumentalisiert. Gleichzeitig wirkte es auf die wechselseitige Perzeption beider Länder und förderte Initiativen zum Aufbau neuer Kooperationsformen im Bereich des Kultur- und Wissenschaftsaustauschs. Daß die praktische Ausgestaltung nur zögerlich voranschritt war nicht zuletzt den außenpolitischen Rücksichtnahmen und großen innenpolitischen Aufgaben geschuldet. In China herrschte Bürgerkrieg und Deutschland blieb stark in die Vorgänge Europas eingebunden: Vor dem Krieg strebte das Deutsche Reich an, den Ausbau seiner Großmachtposition in Europa durchzusetzen, nach dem Krieg hatte der Wiederaufbau des zerstörten Landes zu erfolgen.

Der Begriff „Freundschaft“, der auf beiden Seiten häufig zur Charakterisierung der Beziehungen verwendet wurde, ist jedoch in Anführungszeichen zu setzen. Denn ebenso wie dieser Vertrag Deutschlands einzige Möglichkeit zur Wiederaufnahme der Beziehungen mit China und damit zur Weiterführung der Wirtschaftsbeziehungen darstellte, kalkulierte China – wie schon bei der Kriegserklärung – auf seine internationale Integration und Stärkung. Auch sollte nicht übersehen werden, daß die günstigen Bedingungen für eine deutsch-chinesische Kooperation erst Ende 1927 sichtbar wurden, nämlich nach der von General Jiang Jieshi vollzogenen Auflösung der Einheitsfront mit der Kommunistischen Partei Chinas und dem Ende der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion. Deutschland war nun der attraktivste Partner, weil es als moderne Industrienation mit hohem technischen und militärischen Know-how gleichberechtigte Beziehungen zu China unterhielt. Auf dieser Grundlage nahmen die deutsch-chinesischen Beziehungen nach 1927 ihren Aufschwung.²⁴

23 Siehe Kap. 3 und 4.

24 Die gestiegene Bedeutung Deutschlands mag man auch daraus ersehen, daß Jiang Gongsheng 1929 in seinem Werk *Zhong De waijiaoshi* (Die Geschichte der auswärtigen Beziehungen zwischen Deutschland und China) eine Bestandsaufnahme der Beziehungen seit ihren Anfängen vornahm. Nach Auffassung von Kirby (1984:3) unterhielt Jiang Jieshi in der Nanjing-Dekade so enge Beziehungen zu

Akteure, Netzwerke und Vernetzungen: Politik, Wirtschaft und Kultur

Ein wesentliches Merkmal der deutsch-chinesischen Beziehungen dieses Zeitraums war das auf unterschiedliche Weise in beiden Ländern komplexe Ineinandergreifen von Politik, Wirtschaft und Kultur. Die auf institutioneller und personeller Ebene bestehenden Vernetzungen waren an die jeweiligen Motive und Ziele zum Ausbau und Erhalt der bilateralen Beziehungen geknüpft und sollten insbesondere in den zwanziger Jahren an Bedeutung für die Ausgestaltung der deutsch-chinesischen Beziehungen gewinnen.

In der kolonialen Phase, 1911-1919, die mit Abschluß des Versailler Vertrags endete und sich aufgrund des Krieges in drei Perioden untergliedert, lassen sich auf deutscher Seite sechs Interessengruppen benennen, die maßgeblich für den Aufbau der deutsch-chinesischen Beziehungen eintraten: der Reichstag, das Auswärtige Amt, das Reichsmarineamt, Vertreter von Banken, Industrie und Handel, die Missionsgesellschaften sowie Wissenschaftler und Intellektuelle. Auf chinesischer Seite verhielt es sich komplizierter, weil die auf Grundlage der Provisorischen Verfassung (1912) gebildete Nationalregierung bereits in diesen Jahren mehrfach zerbrach. Charakteristisch für den gesamten Zeitraum sind die permanenten Konflikte zwischen Präsident, Ministerpräsident und Parlament. Letzterem waren lt. Verfassung alle wichtigen Entscheidungen zur Ratifikation vorzulegen, in der Praxis erwies es sich jedoch als wenig machtvoll und wurde wiederholt aufgelöst. Tatsächlich war die militärische Macht in China mit dem Sturz der Dynastie in die Hände lokal regierender Militärgouverneure bzw. -herren („warlords“ = *dujun*) gelegt worden, die eigene Militäreinheiten unterhielten, teilweise mehrere Provinzen beherrschten und der neuen Regierungsform in der Regel nur so viel Sympathie entgegenbrachten wie es für ihre Zwecke sinnvoll schien.²⁵ Die Nationalregierung verkehrte primär über das Außenministerium (*waijiaobu*), das Heeresministerium (*lujunbu*) und das Finanzministerium (*caizhengbu*) mit Deutschland. Ein Interesse an Deutschland hatten überdies verschiedene Lokalregierungen sowie wirtschaftlich, wissenschaftlich und anderweitig motivierte Individuen, deren Akteure den o.g. Gruppierungen auf deutscher Seite zugeordnet werden können.

Der Reichstag und das Auswärtige Amt betrachteten China als einen strategischen Bündnispartner in Asien, der Deutschlands in Europa zunehmend isolierte Position kompensieren und der deutschen Wirtschaft als wichtiger Rohstofflieferant wie auch Absatzmarkt dienen sollte. Da der Reichstag gemeinsam mit dem Bundesrat die Reichsgesetzgebung ausübte und die Mitentscheidungsgewalt über das Haushaltsgesetz besaß, nahm er auch Einfluß auf die Entwicklung der vom Reichsmarineamt verwalteten Kolonie Kiautschou. Das Reichsmarineamt unter der Leitung von Staatssekretär Großadmiral von Tirpitz setzte sich für den Ausbau der Kolonie und eine positive Berichterstattung ein, nachteilige

Deutschland wie zu sonst keinem anderen Land. Vgl. auch Osterhammel 1989:277.

25 Zwischen 1912 und 1919 regierten allein fünf Präsidenten, unterbrochen von einem gescheiterten Versuch zur Restaurierung der Monarchie. Zum Staats- und Regierungsaufbau, seinem Wandel und den wichtigsten Personen siehe Nathan 1983, Gray 1990:170-194 und Shi Yuanhua 1994. Zur Bedeutung von Militär und Militarismus in der Republikzeit Chinas siehe einfürend Ven 2000:98-120.

Meldungen wurden unterdrückt.²⁶ Die deutsche Verwaltung Qingdaos begegnete den revolutionären Umbrüchen Chinas eher konservativ und skeptisch, überdies entwickelte Qingdao sich nach 1911 zu einem wichtigen Zufluchtsort des chinesischen Kaiserhauses und seiner Beamten, was Sun Yatsen keineswegs daran hinderte, in dieser Stadt eine „Modellanlage“ für das zukünftige China zu sehen. Demgegenüber führten die hohen Kosten der Kolonie und seine wirtschaftliche Ineffektivität bereits 1907 zu Diskussionen im Deutschen Reichstag, in denen die Aufgabe der Kolonie erwogen wurde.

Das Auswärtige Amt und seine Vertretungen in China unterstützten die wirtschaftliche Expansion Deutschlands. Als Mittler zwischen Diplomatie und Wirtschaft fungierten der 1900 gegründete Ostasiatische Verein, Hamburg-Bremen (OAV) und der Verband für den Fernen Osten (Berlin, 1914). In China war es der Gesandte in Peking, Elmershaus von Haxthausen, 1911-1914, der die Anliegen der Handelsvereinigungen und Industrieunternehmen, aber auch der Deutsch-Asiatischen Bank (z.B. Anleihepolitik) gegenüber der chinesischen Regierung vertrat. Obgleich diese Kooperationen nicht frei von Spannungen waren (Finanzkonsortium, Waffenhandel), dienten sie einem gemeinsamen Ziel, nämlich der Ausweitung deutscher Interessen in China unter Beibehaltung der aus den ungleichen Verträgen resultierenden Privilegien. Der Erfolg dieses Vorgehens zeigte sich beispielsweise in dem vertraglich abgesicherten Monopol für den Waffenhandel. Eine zentrale Person war in diesem Zusammenhang General Yinchang, der zuvor als Gesandter in Berlin tätig gewesen war und dem 1910-1911 das Heeresministerium unterstand. Er trat dafür ein, daß Chinas Regierung Rüstungsgüter bei der Krupp AG in Auftrag gab, ein Privileg, das später auch Yuan Shikai zusicherte, welches durch das Konkurrenzverhalten deutscher Rüstungsfirmen aber stark beeinträchtigt wurde. Das wichtigste Beispiel internationaler diplomatisch-wirtschaftlicher Verflechtungen stellt die 1913 geschlossene Reorganisationsanleihe des Fünfmächte-Konsortiums dar, die Yuan Shikai zur Macht verhalf, ihn aber zu umfangreichen Zugeständnissen zwang und vom Kapital des Auslands abhängig werden ließ.

Um die wirtschaftliche „Durchdringung“ Chinas gegenüber der steigenden Konkurrenz effektiv umzusetzen, forderten Handelsvereinigungen ab 1912 ein erhöhtes und vor allem koordiniertes Engagement zur Verbreitung des „Deutschtums“ in China. Kritisiert wurde der geringe Einsatz des Auswärtigen Amts, welches lediglich einige Schuleinrichtungen in China förderte, der Mangel einer abgestimmten deutschen Wirtschaftspolitik in China und die fünfte Interessensgruppe, die Missionsgesellschaften, die zu wenig Kooperationsbereitschaft zeige.²⁷ Gefördert wurde die deutsch-chinesische Kulturarbeit überdies durch private Institutionen wie den OAV, den Deutsch-Chinesischen Verband und die auf chinesische Initiative in Berlin gegründete Chinesisch-Deutsche Freundschaftsvereinigung (1914).

Als sechste Gruppe sind Wissenschaftler und Intellektuelle zu nennen, die eine kulturelle Annäherung beider Länder anstrebten und dafür in Deutschland und in China miteinander in

²⁶ Zur Verwaltung der Kolonie siehe im Überblick Leutner 1997:170-171, dort Dok. 57.

²⁷ Diese Forderungen wurden 1913 in einer „Denkschrift“ formuliert (Dok. 79). Zum Engagement der deutschen Missionen in Qingdao siehe auch Leutner 1997:429-440.

Kontakt getreten waren. Hierzu zählen u.a. die Aktivitäten des Sinologen Otto Franke sowie die sinologischer Einrichtungen in Deutschland, aber auch das Kulturinstitut des Historikers Karl Lamprecht in Leipzig und die Übersetzungsarbeiten des Missionars Richard Wilhelm in Qingdao. Im Umfeld dieser Institutionen und Personen entwickelten sich enge Kontakte zu chinesischen Studenten, Wissenschaftlern und Intellektuellen. Zu den bekanntesten Personen, denen anschließend in China der Aufstieg in politisch und kulturell bedeutende Ämter gelang, zählen u.a. Cai Yuanpei, Zhang Junmai, Xiao Youmei und Zhu Jiahua.²⁸ In Deutschland und in China blieben die Aktivitäten dieser Gruppe nicht dem kulturellen Feld verhaftet. Aufgrund ihrer Sprach- bzw. Fachkenntnisse und ihrem gesellschaftlichem Status traten sie auch als Mittler in Diplomatie und Wirtschaft in Erscheinung.

Mit Beginn des Ersten Weltkriegs setzte der Niedergang der kolonialen deutschen Präsenz in China ein, auch sollten die o.g. Strukturen einen Wandel erfahren. Durch die japanische Besetzung Qingdaos schied das Reichsmarineamt Ende 1914 aus, zudem wurden dort die meisten kulturellen Einrichtungen geschlossen. Bei Abbruch der diplomatischen Beziehungen im März 1917 wurden die Gesandtschaft, alle Konsulate und Militäreinrichtungen geschlossen, gleichzeitig besetzte China die deutschen Konzessionen in Hankou und Tianjin. Der Kriegserklärung folgten die Liquidierung der Deutschen-Asiatischen Bank und deutschen Privateigentums sowie im Frühjahr 1919 die Repatriierung des Großteils der deutschen Staatsbürger. Am Ende des Krieges war die Zahl deutscher Firmen in China von ca. 300 auf zwei gesunken, von den knapp 3000 in China lebenden Deutschen hatte es ein Viertel geschafft, aufgrund z.T. persönlicher Beziehungen im Land zu bleiben.²⁹

Die Periode der Neuorientierung, 1919-1921, begann mit der einseitigen Friedenserklärung Chinas an Deutschland. Bis zum Abschluß eines gemeinsamen Vertrages sollten nahezu zwei von Unsicherheit und vorsichtigem Taktieren geprägte Jahre vergehen, deren Brisanz bislang nur unzureichend zur Kenntnis genommen wurde. Erleichtert wurde die Annäherung durch die gemeinsam empfundenen Frustrationen über den Ausgang von Versailles und den Umstand, daß die Kriegserklärung nicht das Resultat einer spezifischen Deutschlandfeindlichkeit war. Hinzu kam, daß China den Versailler Vertrag nicht unterzeichnet hatte und damit die Möglichkeit bestand, separate Bedingungen für die Wiederaufnahme der deutsch-chinesischen Beziehungen auszuhandeln. Dennoch standen Deutschland und China einander als Verlierer und Sieger des Krieges gegenüber, woraus sich zwangsläufig ein Ungleichgewicht und unterschiedliche Ausgangspositionen ergaben.

Das Auswärtige Amt, der Ostasiatische Verein und der 1919 in Berlin gegründete Verband für den Fernen Osten drängten auf eine schnelle Wiederaufnahme der Beziehungen zu China. Chinas Regierung nahm eine abwägende Haltung ein und war durch anhaltende innenpolitische Konflikte abgelenkt. Erst nachdem Herbert von Borch gemeinsam mit Vertretern der Peking-Regierung die Bedingungen für den im Mai 1921 geschlossenen Vertrag festgelegt hatte, kam Bewegung in die deutsch-chinesischen Beziehungen.

28 Selbstverständlich können in diesem Band nicht alle später in China einflußreichen Deutschlandstudenten genannt werden. Siehe hierzu die Arbeiten von Harnisch 1999 und Meng Hong 2005.

29 Louven 1982:170.

Der Deutsche Reichstag und das Auswärtige Amt traten jetzt für eine neutrale Kooperationspolitik in China ein, die zwischen 1921 und 1928 von dem neuen Botschafter in Peking, Adolf Boyé, umgesetzt wurde. Boyé mahnte zur strikten Neutralität, auch forderte er die Vermittlung solider Sprachkenntnisse für Diplomaten in China, um der neuen Kooperationspolitik Ausdruck zu verleihen.³⁰ Überdies vertrat er in einer Vielzahl von Berichten an das Auswärtige Amt eine gegenüber den revolutionären Kräften der Südregierung ablehnende Haltung. Unterstützung fand er in Peking durch die ehemals in Deutschland akkreditierten Diplomaten Sun Baoqi und Yan Huiqing. Positiv wirkte sich auch der Umstand aus, daß das *Waijiaobu* trotz der häufigen Regierungswechsel relativ beständig arbeitete. Mit kurzen Unterbrechungen wurde es von den ehemaligen USA-Studenten und international versierten Außenministern Gu Weijun (Wellington Koo) und Wang Zhengting (C. T. Wang) geleitet, die sich allerdings als schwierige Verhandlungspartner erwiesen.³¹

Für den Wiederaufbau der Wirtschafts- und Kulturbeziehungen mit China kooperierte das Auswärtige Amt mit dem Ostasiatischen Verein und dem Verband für den Fernen Osten. Problematisch war diese Zusammenarbeit insofern, als die deutsche Wirtschaft auf die Unterstützung des Auswärtigen Amts angewiesen war, gleichzeitig aber auf eine rasche Rückkehr nach China drängte und eine skeptische, wenn nicht gar ablehnende Haltung gegenüber der Weimarer Republik vertrat. Während nun deutsche Industrieunternehmen wie Siemens, Schering u.a. ihre alten Verkaufsbüros in China wieder eröffneten oder neue einrichteten, kam es insbesondere im Bereich der stark nachgefragten Militär- und Rüstungsgüter, deren Handel Deutschland durch den Versailler Vertrag verboten war, in den zwanziger Jahren wiederholt zu Auseinandersetzungen. Das Auswärtige Amt lehnte jede Unterstützung ab, konnte diesen Handel und die Vermittlung von Ingenieuren an die zerstrittenen Militärmachthaber der Nord-Regierung aber nicht verhindern, so daß Deutschland ab 1925 und trotz internationaler Verbote den Waffenhandel mit China dominierte.³² Eine wichtige Mittlerperson war in diesem Fall der ehemalige Deutschlandstudent Wang Yintai. 1923 besuchte er im Auftrag Zhang Zuolins Deutschland, 1927 wurde er zum Außenminister berufen.³³ Aber auch die Südregierung Sun Yatsens bemühte sich frühzeitig um Anerkennung durch die deutsche Regierung und suchte dann, als ihr diese verwehrt wurde, durch die Mittelsmänner Deng Jiayan und Zhu Hezhong auf inoffizieller Ebene Kontakt zum Auswärtigen Amt wie auch zu möglichen Beratern und Vertretern der Großindustrie. Eine Kooperation scheiterte aus Rücksicht auf den Versailler Vertrag, aber auch an der Kapitalknappheit der Südregierung und ihrer Entscheidung für ein Bündnis mit der Sowjetunion.

30 Siehe Dok. 118.

31 Zur Organisation und Geschichte des *Waijiaobu* in der Republikzeit siehe Pong 1982:135-151.

32 Kirby (1984:24) kommt zu dem Ergebnis: „A major factor behind the German recovery in China was the Chinese thirst for arms, which had grown rapidly since the onset of the warlord period in 1916.“
Siehe Kapitel 5.

33 Wang Yintai hatte von 1908-1912 Rechtswissenschaften in Berlin studiert und von 1911-1913 als Chinesischlektor am Seminar für Orientalische Sprachen, Berlin, gearbeitet. Er heiratete die ev. Pastorentochter Ruth Kettner, bei deren Familie er zur Untermiete wohnte. Aus der Ehe gingen sechs Töchter hervor, die später im Westen lebten (Boorman 1970, Bd. 3, 400 und Harnisch 1999:117).

Abseits dieser Problemfelder entwickelten die drei Institutionen eine durchaus fruchtbare Zusammenarbeit. Die enge Verbindung zwischen dem Ostasiatischen Verein und dem Verband für den Fernen Osten zeigt sich bereits darin, daß Martin March den Vorsitz des OAV innehatte (1918-1933) und zugleich stellvertretender Vorsitzender des „Verbands“ war. Darüber hinaus setzten March und der Geschäftsführer des OAV, Friedrich Wilhelm Mohr, sich dafür ein, die deutschen wirtschaftlichen Vereinigungen in China unter dem Dach des OAV zusammenzuführen. Das Ziel war erreicht, als der OAV zum offiziellen Repräsentanten der neu eingerichteten Deutschen Handelskammern und Vereinigungen in China wurde.³⁴ Parallel hierzu hatte der Verband für den Fernen Osten Aufgaben im Bereich der Kulturbeziehungen übernommen. Das Engagement beider Vereinigungen kam überdies in einer regen Publikationstätigkeit zum Ausdruck. Einerseits wurde ab 1920 gemeinsam die Zeitschrift *Ostasiatische Rundschau* herausgegeben, andererseits veröffentlichten Mohr und Max Linde, der Generalsekretär des „Verbands“, eine Fülle von Aufsätzen, in denen sie für eine zwar gleichberechtigte, aber energische Chinapolitik Deutschlands eintraten. Aufgrund seiner weitreichenden Kontakte, Kompetenzen und wirtschaftlichen Bedeutung wurde der OAV bei allen politischen Entscheidungen auch in Berlin hinzugezogen.³⁵ Zudem wurden 1927 Pläne für eine Kooperation mit dem von Richard Wilhelm 1925 gegründeten China-Institut in Frankfurt a. M. ausgearbeitet, um eine freundschaftliche und kulturell fundierte Wirtschaftspolitik gegenüber China zu betreiben.

Die Aktivitäten dieser zwei Vereinigungen, ihre weitreichenden Netzwerke und persönlichen Kontakte wurden von chinesischen Akteuren unterstützt. In Peking war es der ehemalige Deutschlandstudent Cai Yuanpei, der zu Beginn der 1910er Jahre als Erziehungsminister der Republik China und in den 1920er Jahren als Direktor der Peking Universität tätig war und sich dort gemeinsam mit Richard Wilhelm und anderen u.a. für den Ausbau der Deutschlandstudien einsetzte. Ebenfalls an der Peking Universität wirkte Zhu Jiahua, der mit Vertretern der o.g. Vereinigungen korrespondierte und sich 1927 in Kanton als Innenminister um die Anstellung deutscher Berater bemühte. Desgleichen ist Zhang Junmai zu nennen, der die Verfassung der Weimarer Republik übersetzt hatte, vielseitig publizierte, sich für den Wissenschaftsaustausch mit Deutschland engagierte und zeitweilig dem Vorstand der Tongji Universität angehörte. Letztgenannte Institution avancierte in diesen Jahren zum Idealtyp einer kooperativen Netzwerkpolitik. Während des Krieges war ihr Betrieb mit chinesischer Hilfe aufrecht erhalten worden, nach dem Krieg setzte sich der Verband für den Fernen Osten für den Wiederaufbau ein. Ab 1921 wurde sie von einem deutsch-chinesischen Komitee geführt und 1923 von Chinas Regierung in den Stand einer Universität erhoben. Für die chinesische Seite hatte der Deutschlandstudent Ruan Shangjie die Leitung übernommen (1917-1927). Unterrichtssprache war Deutsch, die Abschlüsse wurden in Deutschland anerkannt. Die Universität wurde aus deutschen und chinesischen Mitteln finanziert, überdies stiftete die deutsche Industrie Werkmaschinen und Einrichtungen.

34 Ratenhof 1987:297, Eberstein 2000:78.

35 Eberstein 2000:77.

Für den Wiederaufbau der deutsch-chinesischen Beziehungen in den zwanziger Jahren waren diese Netzwerke und Kooperationen unerlässlich. Initiativen von nicht-staatlichen Organisationen und Vereinigungen bzw. Privatpersonen füllten ein Vakuum, welches daraus resultierte, daß beide Regierungen den wechselseitigen Beziehungen aufgrund ihrer eingeschränkten Handlungsfähigkeit nur begrenzte Aufmerksamkeit schenken konnten. Unterstützt wurden die deutschen Akteure von chinesischer Seite auf allen Ebenen der Interaktion primär durch Persönlichkeiten, die, sei es als Diplomaten, Studenten oder Geschäftsleute, persönliche Deutschlanderfahrungen hatten und denen der Aufstieg in politisch und kulturell wichtige Ämter gelungen war.

Darüber hinaus blieben auch die Erfahrungen des Ersten Weltkriegs, die Zunahme chinesischer Studenten in Deutschland und eine erhöhte Publikationstätigkeit in beiden Ländern nicht ohne Wirkung auf die wechselseitige Perzeption. In Deutschland hatte der Erste Weltkrieg die Werte der europäischen Kultur in Frage gestellt und einer vielfältigen Hinwendung zu China bzw. „Asiatischem“ den Weg bereitet. Gleichzeitig erfolgte der Ausbau der Sinologie in Deutschland, überdies stieg die Anzahl chinabezogener Publikationen. Auf der anderen Seite hatte auch die Sprachkompetenz chinesischer Studenten deutlich zugenommen und durch eine Fülle von Übersetzungen technischer, philosophischer, politischer Werke und deutscher Literatur ein differenziertes Deutschlandbild entstehen lassen. Autoren wie Gu Hongming (Dok. 133) und Zhang Junmai hatten ihre Werke bereits während des Krieges in deutscher Sprache publizieren können. In den zwanziger Jahren erreichte dieser Dialog eine neue Dimension. Chinesische Autoren und Aktivisten kamen in deutschen Tageszeitungen zu Wort (Dok. 70), verteilten Flugblätter in Deutschland (Dok. 71, 135) und berichteten verstärkt von ihren Deutschlanderfahrungen in der chinesischen Presse. Ein weiteres Beispiel bietet der Deutschlandstudent Wang Guangqi, der umfangreich zur deutschen Kultur in China publizierte und deutsche Werke übersetzte.³⁶ Weitere Aktivitäten dieser Art wurden durch chinesische Netzwerke in Deutschland angeregt, z.B. durch den Chinesischen Studentenverband, Berlin, und die Sektion der Guomindang in Deutschland, die sich nach 1925 im Kampf gegen den Imperialismus in China mit der KPD verbündete.

Nicht zuletzt aufgrund dieser Entwicklung vollzog sich in den Jahren von 1911 bis 1927 ungeachtet der erfolgten Kriegserklärung ein Prozeß der wechselseitigen kulturellen Annäherung und Vertiefung der Beziehungen. Grundlage hierfür waren Deutschlands generelle Neutralität und seine primär wirtschaftlichen Interessen. Unterstützt wurden diese in China durch ein generell positives Deutschlandbild und die Bestrebungen zum Aufbau eines modernen Nationalstaats. Übereinstimmung bestand in der als politisch vorteilhaft erachteten Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen und den Vorstellungen einer international ausgegrenzten „Schicksalsgemeinschaft“. Daß die Kooperation dieser Netzwerke aufgrund der äußeren Umstände mitunter problematisch war, sie keineswegs nur „freiwillig“ zueinander fanden und die Entscheidungen im Kontext (inter-)nationaler Konflikte, Berechnungen und Strategien zu treffen waren, bestimmte den Charakter der Beziehungen dieser Jahre.

³⁶ Zu Wang Guangqi siehe Harnisch 1999, auch Dok. 116.

Kapitel 1

Das Deutsche Kaiserreich und der Weg zur Anerkennung der Republik China, 1911-1913

Nachdem Sun Yatsen am 1. Januar 1912 die Gründung der Republik China verkündet hatte, formulierte die Provisorische Regierung noch vor dem endgültigen Rücktritt der letzten kaiserlichen Dynastie ihren Wunsch nach internationaler Anerkennung, um als neue und rechtmäßige Vertretung Chinas die Beziehungen mit den ausländischen Mächten aufnehmen zu können. Tatsächlich wurde die Frage der Anerkennung nahezu zwei Jahre verhandelt. Die Hauptgründe hierfür waren die innenpolitisch instabile Lage Chinas und das Abwägen der ausländischen Mächte hinsichtlich einer möglichen Gefährdung und Erweiterung von Privilegien und Wirtschaftsinteressen. Die Phase der Anerkennung war geprägt von Strategien internationaler Machtpolitik und Einflußnahme, in der auch das Deutsche Reich nicht zuletzt aufgrund seiner zunehmenden Isolierung in Europa darum bemüht war, eine vorteilhafte Ausgangsposition für den Aufbau zukünftiger Beziehungen mit der jungen Republik zu erlangen.

Die deutsche Chinapolitik verfolgte prinzipiell zwei Ziele, nämlich die Entlastung der politischen Konfrontation in Europa und die Unterstützung der deutschen Wirtschaftsexpansion in China. In Abgrenzung zu den territorialen Ansprüchen Rußlands, Japans und Großbritanniens hatte das Deutsche Reich sich zur Durchsetzung dieser Ziele den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der USA und der „open door policy“ angeschlossen.¹ Dem Sturz der kaiserlichen Qing-Dynastie begegneten Deutschlands Vertreter durchaus widersprüchlich, da die mit der Qing-Regierung geschlossenen Verträge nicht nur eine Ausweitung der Geschäfte im Eisenbahnbau versprachen, sondern Deutschland auch zum wichtigsten Rüstungslieferanten Chinas aufgestiegen war. Zudem hatte das Deutsche Reich bis dato Chinas Bestrebungen zur Errichtung einer konstitutionellen Monarchie gefördert und nahm gegen-

¹ Nach dem Ende des russisch-japanischen Krieges (1905) war die Mandschurei weiterhin umkämpftes Einflußgebiet beider Mächte. Zudem hatte die Nord-Mongolei am 21.12.1911 mit russischer Unterstützung ihre Unabhängigkeit ausgerufen. England hatte Tibet seit 1906 quasi als britisches Protektorat verwaltet. In einem gemeinsamen Abkommen zwischen England, Rußland und China war 1907 die Souveränität Chinas über Tibet festgelegt worden (Peter 1965:41-45).

über Sun Yatsen und den Revolutionären eine skeptische Haltung ein.

Die Regierung der Republik China war nicht nur aufgrund der äußeren Bedrohung, sondern auch durch die Wirren der Revolution und ihre Auswirkungen auf die Finanzsituation des Landes gegenüber den ausländischen Mächten in eine ungünstige Verhandlungsposition geraten. Für eine Anerkennung forderten diese die Übernahme aller mit der Qing-Regierung geschlossenen Verträge sowie die Fortzahlung bestehender Schulden und die Rückzahlung der Anleihen. Gleichzeitig benötigte die neue Regierung für die Staatsreform und ihren Machterhalt selbst erhebliche Finanzmittel, um eine funktionierende Bürokratie aufbauen, eine loyale Armee unterhalten und Rüstungsgüter erwerben zu können. Vor diesem Hintergrund bemühte sich die Regierung um Anleiheverträge, die möglichst mehrere ausländische Mächte involvierten, um das Risiko einseitiger Abhängigkeit zu minimieren.² Das Ausland kam diesen Forderungen erst nach, als Sun Yatsen die Macht an den ehemaligen Gouverneur der Provinz Shandong, Yuan Shikai, abgegeben hatte. Die Unterstützung der Regierung Yuan Shikais wurde von allen ausländischen Mächten als notwendig angesehen, da sie am ehesten den Erhalt der gefährdeten Einheit Chinas und damit die Wahrung des Status quo ausländischer Privilegien und Vertragsabschlüsse zu garantierten vermochte.

Die deutsche Haltung kam in diesen Jahren in zwei gegenläufigen Tendenzen zum Ausdruck. Zum einen konstatierten deutsche Industrie- und Handelskreise einen Rückgang des „Deutschtums“ in China und forderten das Auswärtige Amt auf, Gegenmaßnahmen einzuleiten. Zudem wurde im Reichstag eine intensive Debatte um die freiwillige Rückgabe der deutschen Kolonie Kiautschou geführt, um sich spätere Vorteile bei der neuen Regierung zu sichern. Andererseits hielt Deutschland an der Idee der „Einheitsfront“ der Westmächte in China fest, um einer drohenden Isolation wie in Europa vorzubeugen. Das gemeinsame Vorgehen manifestierte sich in einem internationalen Bankenkonsortium und dem Abschluß der „Reorganisationsanleihe“ zur Unterstützung Yuan Shikais im Mai 1913. Mit Hilfe dieser Anleihe sollte es Yuan Shikai gelingen, bestehende Widerstände niederzuschlagen, gleichzeitig bestätigte und erweiterte er ausländische Privilegien. Der multinationale Finanzimperialismus hatte hiermit seinen Höhepunkt in China erreicht und offenbarte die nur oberflächlich neutrale Haltung der ausländischen Mächte.³ Im Oktober 1913 erfolgte die offizielle Anerkennung der von Yuan Shikai geführten Regierung.

Das Deutsche Kaiserreich und China am Vorabend der Revolution

Im Juni 1910 weilte der Bruder des chinesischen Prinzregenten, Prinz Zaitao, an der Spitze einer militärischen Studienkommission in Berlin und wurde zur Abschiedsaudienz von Kaiser Wilhelm II. empfangen. Der Kaiser gab zu verstehen, daß Deutschland Chinas Selbständigkeit achte und seine industrielle und wirtschaftliche Entwicklung kräftig unterstützen

2 Allein die von den europäischen Mächten geforderte Höhe der Boxerentschädigung belief sich auf 450 Millionen Taels in Gold, die bis zum Jahr 1940 abgezahlt werden sollten. Hierfür wurden u.a. die Seezolleinnahmen verpfändet. Zudem hatte die Regierung verschiedene Eisenbahnanleihen geschlossen, die von mehreren Banken unterschiedlicher Nationalität aufgelegt wurden. Vgl. Barth 1995:276-303.

3 Vgl. Barth 1995:386-409.

wolle.⁴ Als China im September 1910 den ehemaligen Außenminister Liang Dunyan nach Deutschland entsandte, um deutsche Hilfe für die in China geplanten Reformen auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiet zu ersuchen, blieb der Kaiser aufgeschlossen, denn: „China und die Türkei sind die beiden einzigen Länder, die noch Vertrauen zu uns haben, und wo wir noch etwas leisten können. Verlieren wir diese durch Furchtsamkeit, Nachlässigkeit, Bequemlichkeit, ... verschwinden wir von der Bildfläche, was wir verdient hätten.“⁵

Diese Worte dokumentieren sowohl Dilemma als auch Ausrichtung der Außenpolitik des Deutschen Reiches, die seit der Marokkokrise und dem Ende des russisch-japanischen Krieges (1905) verstärkt auf eine friedliche, d.h. wirtschaftspolitische, Durchdringung Chinas abzielte.⁶ Wesentlicher Bestandteil der Politik war die Einsicht und um 1910 in deutschen Führungskreisen sich durchsetzende Auffassung, daß „die Sprache dem Handel Bahn brechen solle“, d. h. die Entfaltung des Deutschtums in China durch den Bau deutscher Schulen und die Verbreitung deutscher Kultur vorangetrieben werden müsse, um so den wirtschaftlichen Einfluß im Land auszudehnen.⁷ Hintergrund dieses Umdenkens war der internationale Konkurrenzkampf um Interessenssphären und Marktanteile in China, dessen Erfolge zunehmend auch von den Bündnissen in Europa abhingen.⁸ In Ostasien sah Deutschland aufgrund von drei im Jahre 1907 geschlossenen Absicherungsverträgen seine Position durch ein weltpolitisches Viererkartell bestehend aus Frankreich, Japan, Rußland und England bedroht.⁹ Es war eine Konstellation entstanden, die insgesamt unter dem Begriff „Einkreisung“ diskutiert wurde.¹⁰ Das Projekt zum Bau der Bagdadbahn verschärfte die Spannungen zu England und Rußland, da das Deutsche Reich zu versuchen schien, „zwischen der russischen und britischen Einflußzone im Nahen Osten Fuß zu fassen“.¹¹

Die wilhelminische Außenpolitik besaß wenig Handlungsspielraum und sah ihre Interessen in China am besten durch die von Amerika betriebene Neutralisierungspolitik vertreten. Eine mögliche Dreier-Entente mit Amerika und China wurde in Erwägung gezogen, um den Gebietsansprüchen Rußlands, Japans, Englands und Frankreichs, d.h. der Gefahr einer Aufteilung Chinas, entgegenzutreten. Das Zusammengehen mit Amerika wirkte sich allerdings nachteilig auf die ohnehin schwierige Situation in Europa aus, so daß Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg und das Auswärtige Amt sich 1910 nur unter Beteiligung

4 Schwertfeger 1927:124.

5 Ebenda:125.

6 Djang 1936:171.

7 Vgl.: Stingl 1978:736. Zu den Wirtschaftsbeziehungen siehe Kapitel 5.

8 Vgl. Schöllgen 1991:66. Hingewiesen sei auf das gegen die russische Expansion in Ostasien geschlossene englisch-japanische Bündnis vom 30.01.1902, das am 13.07.1911 erneuert wurde, wie auch auf die „Entente Cordiale“ zwischen England und Frankreich vom 08.04.1904. Ebenda:67, Peter 1965:30.

9 Angesprochen sind die Vertragsabkommen zur Sicherung und Anerkennung „eigener“ Territorien und Interessenssphären, das französisch-japanische Abkommen (10.06.1907), das russisch-japanische Abkommen (30.07.1907) und Englands Konvention mit Rußland (31.08.1907). Vgl. Stingl 1987:539-541.

10 Zur deutschen „Einkreisungs-Phobie“ ebenda, zudem Hildebrand 1995:236ff und Schöllgen 1991:65.

11 Hildebrand 1989:36. Die unter deutscher Kontrolle stehende Bagdadeisenbahngesellschaft war 1903 gegründet worden. Erst mit dem am 15.06.1914 geschlossenen deutsch-englischen Vertragsabkommen konnte eine wirtschaftliche Einigung erzielt werden (Schöllgen 1991:72). Vgl. Schöllgen 1984.

Englands zu diesem Schritt bereit erklärten, schließlich zugunsten einer besseren Verständigung in Europa aber ganz davon absahen.¹² Mit der zweiten Marokkokrise im Sommer 1911 war die „deutsche Gefahr“ für die britische Öffentlichkeit schließlich unübersehbar geworden. Einer drohenden militärischen Konfrontation in Europa wurde durch vorsichtige Annäherung und Konfliktlösung an der außereuropäischen Peripherie begegnet, um das beiderseitige Mißtrauen abzubauen.¹³ Für die deutsche Politik stellte China deshalb nicht mehr nur einen interessanten Absatzmarkt dar, sondern war auch zum Spannungsableiter politischer Konflikte geworden.¹⁴ Angesichts dieses sensiblen Kräftefeldes und seiner Eingebundenheit in ein Geflecht von internationalen Verträgen und Absicherungen hatten Stabilität in China und das gemeinsame Vorgehen der Mächte höchste Priorität für Deutschland, um einer weiteren Isolierung vorzubeugen bzw. der in Europa entgegenzuwirken.¹⁵

Dem „scramble of concessions“ der Dekade nach 1895 war damit ein umsichtigeres Agieren der ausländischen Mächte in China gefolgt, ein „Wettbewerb um die Seele Chinas“,¹⁶ der zusätzlich von einer gemäßigten und international verhandelten Finanz- und Anleihepolitik z.B. für den Bau von Eisenbahnlinien gestützt wurde. Dahinter verbarg sich die Hoffnung, die Geschicke des Landes durch den Aufbau finanzieller Abhängigkeiten beeinflussen zu können.¹⁷ Gleichwohl herrschte unter allen beteiligten Mächten weiterhin Konsens darüber, daß an den Privilegien der ungleichen Verträge von Nanjing (1842), der Exterritorialität und der Konsulargerichtsbarkeit festzuhalten sei. Ebenso wurde akzeptiert, daß die von amerikanischer Seite seit der Jahrhundertwende propagierte Politik der „Offenen Tür“, d.h. Handelsfreiheit in China, einer Umsetzung der diversen Wirtschaftsinteressen am ehesten entspreche. Für das Deutsche Reich stellte der Chinahandel jedoch nur einen geringen Teil des Gesamthandels dar, so daß es um das Ausloten bzw. Positionieren eines in der Zukunft bedeutsamen Marktes ging.¹⁸ Die „Musterkolonie Kiautschou“ wurde als Symbol des Deutschtums und der deutsch-chinesischen Kooperation herausgestellt, parallel dazu hatte Deutschland sich durch entsprechende Verträge bereits ein Monopol im Waffenhandel mit China gesichert.¹⁹

Aus den genannten Aspekten ergab sich die internationale Haltung am Vorabend der chinesischen Revolution: England und Frankreich wie auch Rußland und Japan hatten durch Verträge ihre Gebietsinteressen in China definiert, den möglichen Zerfall des Reiches

12 Hierzu wie auch zur Neutralisierungspolitik der US-Diplomatie ab 1909 siehe Stingl 1987:630ff.

13 Schöllgen 1991:71ff. Wegen der starken Präsenz englischer Seestreitkräfte in der Nordsee hatte Wilhelm II. überdies im Sommer 1912 ein Zusammengehen mit Japan angeregt, um Englands Flotteneinheiten an Ostasien zu binden. Aufgrund des gerade erneuerten englisch-japanischen Bündnisses und der Unterschiede in der Chinapolitik lehnte das Auswärtige Amt diesen Schritt ab (Peter 1965: 50).

14 Stingl 1978:774.

15 Kirby 1984:11, Schöllgen 1991:36-57.

16 O. Franke 1923:331.

17 Osterhammel 1989:209.

18 Im Jahre 1913 exportierte das Deutsche Reich Waren im Wert von 122,8 Mill. Mark nach China (1,2% des Gesamtexports), auch ging der deutsche Anteil an Investitionen in China zwischen 1902 und 1914 von 20,9% auf 16,4% zurück. Vgl. Stingl 1978:303, Schöllgen 1991:56.

19 Zur „Musterkolonie Kiautschou“ siehe Leutner 1997. Zum Waffenhandel siehe Kap. 5.

einkalkuliert und waren trotz wachsender Handelskonkurrenz zur militärischen Intervention bereit. Japan und Rußland traten in dieser Frage am entschiedensten auf, folglich wurde das russisch-japanische Abkommen vom 4. Juli 1910 allgemein als eine Bedrohung für das chinesische Reich gesehen, da es die noch bestehenden Interessengegensätze in der Mandschurei bereinigen sollte. Entsprechend beunruhigt reagierten die ausländischen Mächte auf die wenig später erfolgte japanische Annexion Koreas (1910), die akzeptiert wurde, aber weitere geographische Sonderinteressen befürchten ließ.²⁰ Indessen hielten Amerika und Deutschland zur Umsetzung wirtschaftspolitischer Ziele an der Einheit Chinas fest, was positive Reaktionen seitens der kaiserlichen chinesischen Regierung nach sich zog, das Deutsche Reich aber aufgrund der in Europa konfliktgeladenen Stimmung zu diplomatischer Zurückhaltung und Beschränkung auf wirtschaftliche Belange zwang.²¹

Der Sturz der Mandschu-Regierung

Auslöser für den Sturz der Mandschu-Dynastie war eine ungewollte Bombenexplosion am 9. Oktober des Jahres 1911 in der russischen Konzession der Stadt Hankou, im Hauptquartier junger oppositioneller Revolutionäre. Am folgenden Tag unterstützten Armeeeinheiten der angrenzenden Stadt Wuchang jene Revolution, die eine zunächst unkoordinierte Serie von Aufständen in Südchina nach sich zog und schließlich im Dezember 1911 das Ende der Dynastie herbeiführte. Die sich unkontrollierbar ausbreitenden Aufstände brachten die ausländischen Mächte dazu, den Schutz der in China lebenden Ausländer und ihres Besitzes zu fordern. Deshalb wurden die deutschen Kanonenboote „Tiger“, „Vaterland“ und „Otter“ nach Hankou befohlen, wo sie am 17.10. in „lebhaft Kämpfe“ mit den Revolutionären verwickelt wurden.²² Indessen bemerkten die Ausländer recht schnell, daß es um mehr als nur einen lokalen Aufstand ging.²³ Das Deutsche Reich hatte frühzeitig seine Neutralität in diesem Konflikt erklärt, um weder seine Konzession im revolutionär besetzten Hankou, noch die Konzession in Tianjin und die Kolonie Kiautschou in dem von Peking beherrschten Nordosten zu gefährden.²⁴

Die deutsche Haltung war keineswegs eindeutig. Einerseits befürwortete und unterstützte das Deutsche Reich die Umwandlung des chinesischen Kaiserreichs in eine konstitutionelle

20 Zur Haltung Japans und Rußlands und der Befürchtung einer für den internationalen Handel äußerst nachteilig sich auswirkenden Aufteilung bzw. Zersplitterung Chinas siehe Stingl 1978:630-683.

21 Vgl. Stingl 1987:649. Fritz Wertheimer bemerkte hierzu 1913: „Ob China Monarchie oder Republik sein wird, ob Sun Yatsen oder Yuan Shikai Präsident sein werden ist minder wertvoll, wenn nur China als Ganzes ungeteilt erhalten bleibt und seine auswärtigen Feinde keine Stücke von ihm ablösen können“ (Wertheimer 1913:341).

22 Briessen 1977:73. Deutschland hätte seine Interessen in China allerdings nicht militärisch verteidigen können. Admiral Tirpitz, der die Verteidigung der Musterkolonie gefährdet sah, lehnte deshalb am 31. Oktober zunächst den Abzug von Truppen zum Schutze anderer Gebiete ab, bevor er sich schließlich vom Reichskanzler überreden ließ. Hierzu wie auch zur Truppenstärke siehe Stingl 1978:666ff.

23 Bereits am 4. November 1911 schrieb Konsul Müller, Hankou, an Bethmann Hollweg, es handele sich um „den ersten Akt eines Kampfes auf Tod und Leben der Mandschu-Dynastie“ (PAA, R17710).

24 Weisung Kiderlens an den Geschäftsträger in Japan, 12.12.1911 (GPEK, Bd. 32, Nr. 11808, 241). Vgl. Peter 1965:38 und Xiao Jiandong 2001:591.

Monarchie²⁵ und war von China als Vorbild für die 1906 begonnenen Pläne zur Erarbeitung einer Verfassung ausersehen worden.²⁶ Andererseits war es der seit Ende des russisch-japanischen Krieges sich ausweitende und von deutscher Seite nahezu monopolistisch betriebene Waffenverkauf an die kaiserliche Regierung, der auch im Verlauf der Aufstände nicht unterbunden wurde und Deutschland von seiten der Revolutionäre nun den Vorwurf einbrachte, seine Neutralität aufzugeben und indirekt Stellung für die Monarchisten zu beziehen.²⁷ Obgleich Deutschland diese Vorwürfe energisch zurückwies, führte diese indirekte Parteinahme gegen die Aufständischen zu Übergriffen auf deutsche Händler, die in der chinesischen und deutschen Presse intensiv diskutiert wurden.²⁸ Tatsächlich belieferten die Chinakaufleute nicht nur die Nordtruppen, sondern auch die südlichen Revolutionäre mit Waffen, um das Geschäft dort nicht an Japan zu verlieren, ein Vorgehen, welches die Zentralregierung und andere Mächte entschieden kritisierten.²⁹

Damit einhergehende Konflikte außer acht lassend, meldeten sich schon Ende 1911 Stimmen, die in Erwartung neuer Handels- und Wirtschaftsperspektiven eine positive Bewertung der Umwälzungen zum Ausdruck brachten.³⁰ In dieser Weise argumentierte auch der deutsche Gesandte in Beijing, von Haxthausen, der im Interesse des Deutschen Reiches ein aktives Eingreifen forderte. Eigene Zweifel hinsichtlich einer Reaktion der Revolutionäre ignorierend, kam er zu dem Schluß, „daß es richtig ist, der Yuan Shikai-Regierung baldige finanzielle Hilfe nicht vorzuenthalten“.³¹

25 Praktisch zeigte sich dies auch darin, daß der Architekt Curt Rothkegel am 7. April 1910 einen Vertrag mit der Mandschu-Regierung unterzeichnete, wonach er den Auftrag erhielt, in Beijing ein Parlamentsgebäude „etwa in doppelter Größe des Reichstags-Gebäudes in Berlin“ zu bauen. Die Revolution verhinderte die Fertigstellung des unter Bauherr Prinz Chun (dem „Sühneprinz“) begonnenen Baus. Die Grundmauern standen und die Pläne waren fertig als die Regierung den Vertrag nach endlosen Verzögerungen im Jahre 1914 annullierte (vgl. Warner 1994:34-39 und BArch, R9208/853).

26 Nach 1909 war insbesondere die Einrichtung von Provinz- und Lokalparlamenten deutschen Praktiken und Theorien hinsichtlich lokaler Verwaltung und Regierung gefolgt (Thompson 1995:73-75). Im Jahr 1909 fand die erste nationale Wahl in Chinas Geschichte statt (Kuhn 2004:28).

27 Es handelte sich größtenteils um alte Bestellungen der Kaiserlichen Regierung, denen eine offiziell anerkannte schriftliche Abmachung vom November 1910 zugrunde lag, „wonach China seinen Geschützbedarf in Zukunft nur bei deutschen Fabriken decken wolle“. Siehe Dok. 78 und Kapitel 5.

28 Siehe z.B. „Die Deutschenhetze in China“ (*B.Z. am Mittag*; 09.12.1911), „Deutschfeindliche Treiberien“ (*Kölnische Zeitung*, 09.12.1911). Ferner nennt Haxthausen einige chinesische Zeitschriften und bemerkt: „Die Stimmung des größten Teils der deutschen Kreise in Ostasien neigt namentlich im Norden mehr nach der Seite der Regierung als der Rebellen ... Alle diese Umstände wirken zusammen, um auf Seiten der Revolutionäre eine Beargwöhnung Deutschlands und der Deutschen zu begünstigen“ (Haxthausen an Bethmann Hollweg, Peking, 14.12.1911, GPEK, Bd. 32, Nr. 11811, 243-245).

29 Die Bedeutsamkeit und Ambivalenz des Waffengeschäfts für das Deutsche Reich erschließen sich aus der Tatsache, daß Preußen von Mitte 1912 bis zum Beginn des Krieges 1914 noch 91% der nach China importierten Waffen lieferte (Ratenhof 1987:238).

30 Stingl 1978:670. Siehe auch den Bericht von Fircks, Kommando S.M.S. „Tsingtau“, Kanton, 08.01.1912, an das AA Berlin. Dort heißt es optimistisch, daß die Herstellung geordneter Verhältnisse dem Handel mit China neue Türen öffnen werde (PAA, R17723).

31 Haxthausen an Bethmann Hollweg, Peking, 08.12.1911 (GPEK, Bd. 32, Nr. 11781, 201-203).

Die Unterstützung Yuan Shikais und die Frage der Einheit Chinas

Sun Yatsen leistete am 1. Januar 1912 den Amtseid des vorläufigen Präsidenten und hatte, da er keine militärische Macht hinter sich vereinen konnte und eine Gefährdung der Revolution ausschließen wollte, zugleich seinem Gegenspieler Yuan Shikai das Amt des Präsidenten angeboten. Innerhalb von nur drei Tagen, vom 3. bis 6. Januar, wurde die provisorische Regierung in Nanjing gebildet, die, wie Sun versicherte, alle von den ausländischen Mächten mit der Mandschu-Regierung abgeschlossenen Verträge und Verpflichtungen ohne Einschränkungen anerkennen werde. Ausländische Diplomatenkreise übten sich trotz dieser Versprechen in Geduld, denn die neue Situation war mehr als schwer einzuschätzen.³² Am 17. Januar übermittelte der Staatssekretär des Äußeren, Wang Chonghui, in einem Telegramm an das Auswärtige Amt Berlin wie auch an die anderen Mächte den Wunsch nach offizieller Anerkennung der Republik.³³ Diese erste Anfrage seitens der provisorischen Regierung in Nanjing blieb in vielen Fällen unbeantwortet, sofern sie überhaupt zur Kenntnis genommen wurde.³⁴ Der Grund hierfür war die ungeklärte Machtfrage in China, denn die neue Regierung war „provisorisch“ und nur dem Titel nach „national“, da sie ihren Einfluß lediglich in den unteren Yangzi-Provinzen auszuüben vermochte.³⁵

Nach wie vor residierten Anfang 1912 in Beijing der Kaiser und seine vom Ausland anerkannte Regierung, während die militärische Macht in den Händen der kaiserlichen Generale und Offiziere im Norden des Landes lag. Die mächtigste Persönlichkeit unter ihnen war Yuan Shikai, der Hochkommissar aller Streitkräfte und Kommandeur der Beiyang-Truppen, der am 11. November 1911 durch die seit Oktober 1910 existierende provisorische Nationalversammlung zum Premierminister gewählt und vom kaiserlichen Hof in diesem Amt bestätigt worden war.³⁶ Mit Unterstützung ihm loyaler Kommandeure der Beiyang-Armee übte Yuan Druck auf die kaiserliche Regierung aus und erreichte schließlich, daß diese ihn nach längeren Verhandlungen per Edikt am 3. Februar als Provisorischen Präsidenten anerkannte. Neun Tage später, am 12. Februar, erklärte der letzte Qing-Kaiser, Puyi, offiziell seinen Rücktritt. Versuche seitens der Revolutionäre, den Sitz der Regierung unter Yuan Shikai in Nanjing zu belassen, scheiterten, da dieser seine Machtbasis im Norden nicht aufzugeben dachte. Eine entsprechende Resolution gestand ihm schließlich das Recht zu, den Regierungssitz nach Peking zu verlegen, wo er am 10. März zum Provisorischen Präsidenten der Republik ernannt wurde.³⁷

32 So bezeichnete z.B. der Generalkonsul in Shanghai, Buri, diese Erklärung Sun Yatsens als ein „Manifest“, aus dem er lediglich herauslesen könne, „daß die Revolutionäre sich die Sympathien der Fremden sichern wollen“. In: Buri, Shanghai, an Bethmann Hollweg, 06.01.1912, zit. nach Männer 1988:154.

33 Wang Chonghui, Nanjing, an das AA Berlin, 17.01.1912 (PAA, R17725).

34 England und Amerika antworteten nicht. Japan lehnte ab, da in China keine richtige Regierung existiere. Deutschland bestand darauf, die innenpolitische Entwicklung zu beobachten, um sowohl Anleihepolitik als auch Anerkennung zu überdenken (Männer 1988:155).

35 Vgl. Chesneaux 1997:6.

36 Diese bereits im Oktober 1909 eingeleiteten Schritte zur Etablierung einer konstitutionellen Monarchie hatten durch die Xinhai-Revolution vom 10.10.1911 ein jähes Ende erfahren.

37 Leutner 1997:495ff. Zur Abdankung der Qing-Regierung siehe Kuhn 2004:70-82.

Die ausländischen Vertreter verfolgten diese Entwicklung nicht ohne Skepsis. Als geradezu „naiv“ bezeichnete v. Haxthausen die geringe Zahl von Ratsmännern, die Yuan Shikai einstimmig zum Provisorischen Präsidenten gewählt hatten.³⁸ Anfängliche Unsicherheiten im Umgang mit der neuen Situation dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die deutsche Regierung sich hinter Yuan Shikai stellte. Zur Förderung der eigenen Handelsinteressen war auch für Deutschland die Unterstützung Yuan Shikais notwendig, da dieser für die Einheit des Landes unter (s)einer Zentralregierung eintrat. Deutschland vertrat deshalb gegenüber der neuen Regierung eine betont chinafreundliche, demonstrativ neutrale Haltung, deren Motive v. Haxthausen bereits im Februar 1912 klar formuliert hatte: „Die Republik wird materielle Hilfe in Mengen brauchen. Unsere Industrie und unsere Finanz sollten im günstigen Augenblick die Ausnutzung der Konjunktur nicht versäumen.“³⁹ Hinsichtlich der Anerkennung schlug die japanische Regierung dann am 28. Februar 1912 ein gemeinsames Vorgehen der Länder vor und wollte der chinesischen Regierung zur Bedingung machen, daß nicht nur die Privilegien, Rechte und Interessen der Ausländer in China gewahrt blieben, sondern auch die Auslandsschulden der Qing-Regierung übernommen würden.⁴⁰ Der Vorschlag fand allgemeine Zustimmung, wurde aber aufgrund der Gesamtsituation und der Tatsache, daß Rußland und Japan vor allem ihre Rechte in der Mongolei und Mandschurei sichern wollten, nicht umgesetzt. Auch von deutscher Seite wurde erwogen, Forderungen unterzubringen, „die seit längerer Zeit Gegenstand von Verhandlungen zwischen uns und China bilden“.⁴¹ Im Juli 1912 war Amerika zur Anerkennung bereit und ließ in sieben Hauptstädten anfragen, wie diese sich zu verhalten gedächten. Aber dieser Vorstoß wurde mit Rücksicht auf die unsichere Lage in China als verfrüht empfunden und einstimmig abgelehnt.⁴²

Inzwischen trat immer deutlicher zutage, daß die Regierung unter Präsident Yuan Shikai nicht unangefochten blieb. Seine durch Cliquenbildung, Macht- und Fraktionskämpfe sich auszeichnende Amtsführung billigte dem Parlament keine politische Rolle zu und zielte darauf ab, den Einfluß der „Revolutionären Allianz“ (*Tongmenhui*) um Sun Yatsen zu minimieren. Am 1. April 1912 legte Sun Yatsen seine Ämter nieder, im Juni folgten ihm Cai Yuanpei, Wang Chonghui und Song Jiaoren. Bereits Ende April verkündete Song Jiaoren die Gründung einer neuen Partei, die dann am 25. August 1912 als ein Bündnis von fünf Parteien unter dem Namen „Guomindang“ (GMD, Nationale Volkspartei) in Peking vorge-

38 Haxthausen an Bethmann Hollweg, 19.02.1912 (PAA, R17729).

39 Siehe FN 38.

40 Staatssekretär des AA, Kiderlen-Wächter, an den Botschafter in Washington, Bernstorff, einschließlich der Verbalnote Japans vom 27.02.1912 (GPEK, Bd. 32, Nr. 11828, 260-261). Zur Anerkennungsfrage siehe die Dokumente in ZHMWZX, Bd. 1, S. 7-30.

41 Dies ist einer Denkschrift des Unterstaatssekretärs Montgelas (13.03.1912) und einem darauf aufbauenden Schreiben von Kiderlen-Wächter an Haxthausen (19.03.1912) in Peking zu entnehmen. Angesprochen wurden der Bau der Eisenbahnlinie Gaomi-Yichou in Shandong, der Abschluß eines Kuli-Vertrags und die Zulassung chinesischer Absolventen deutscher (Medizin-)Schulen zum Staatsdienst. Siehe Kiderlen-Wächter an Haxthausen, 19.03.1912 (abgedr. in Leutner 1997:512, Dok. 145) und die Aufzeichnung Montgelas 13.03.1912 (PAA, R17725).

42 Vgl. Stingl 1978:686.

stellt wurde und gegen Yuan Shikai Stellung bezog.⁴³ Diese Fraktionskämpfe waren nicht zu ignorieren und zwangen die diplomatischen Vertreter beständig zur Neueinschätzung der Lage. Der Gesandte v. Haxthausen charakterisierte Sun Yatsen und Li Yuanhong,⁴⁴ den von Song Jiaoren favorisierten Präsidentschaftskandidaten, als „ganz gewiß sympathische Persönlichkeiten, aber das Zeug wirklicher Staatsmänner haben sie kaum“.⁴⁵ Auch Konsul Wendschuch (Nanjing) empfand Sun nach einem persönlichen Gespräch lediglich als zurückhaltend und sympathisch (Dok. 2). Die Vertreter des Deutschen Reiches blieben zwar nach außen bemüht, eine neutrale, kooperativ-freundschaftliche Position gegenüber Sun Yatsen zu bewahren, um ihre Wirtschaftsinteressen im Süden Chinas nicht zu gefährden, hielten aber an der Unterstützung Yuans fest.⁴⁶

Tatsächlich war die Situation im Lande seit Beginn der Revolution von Unruhen und Chaos geprägt. Das Leben der Bevölkerung wurde in Teilen des Landes von Plünderungen durch rebellierende Truppenverbände und anti-mandschurische Aufstände bedroht. Wenngleich Ausländer in der Regel unbeschadet blieben, sahen die ausländischen Mächte sich gezwungen, ihr Sicherheitsbedürfnis durch eine erhöhte militärische Präsenz zu unterstreichen (Dok. 3).⁴⁷ Insgesamt zeichnete sich ab, daß die Revolutionäre zwar den Sturz der Monarchie und das Ende des konfuzianischen Zentralstaates herbeigeführt hatten, aber keine die Einheit des Landes bewahrende Regierung im Süden installieren konnten. Den nur mäßigen politischen und militärischen Erfolgen im Süden standen die Militärmachthaber des Nordens mit ihren Interessen entgegen, deren Gebaren bereits den Beginn einer zunehmenden Entmachtung der Peking-Regierung andeutete.⁴⁸ Folglich setzte das Deutsche Reich wenig Vertrauen in die jungen Revolutionäre, war aber entschlossen, sich für den Erhalt der Einheit Chinas einzusetzen (Dok. 4). Deutschland hob sich hiermit von Rußland und Japan ab, welche seit Wochen große Truppenansammlungen an der Grenze zur Mongolei bzw. Mandschurei stationiert hatten, die eine Intervention befürchten ließen.⁴⁹

Bereits im Januar 1912 hatten sich die deutsche und die amerikanische Regierung darüber verständigt, von einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas abzusehen und im Falle einer Intervention Japans gemeinsam vorzugehen.⁵⁰ Durch die ambitionierte Haltung Englands, Japans und Rußlands wurde das Zusammengehen der amerikani-

43 Zur Parteienlandschaft zu Beginn der Republik China siehe Kuhn 2004:82-87.

44 Vizepräsident unter Yuan Shikai.

45 Haxthausen an Bethmann Hollweg, 19.02.1912 (PAA, R17723).

46 Nicht zuletzt auch deshalb, weil seit der Ernennung Yuan Shikais zum Gouverneur von Shandong im Jahr 1900 bereits Kontakte bestanden. Siehe Mühlhahn 2000:122ff.

47 Vgl. auch Vanselow: „Bericht über die Lage in Nanjing“ an das Kaiserliche Kommando des Kreuzergeschwaders, 12.03.1912 (PAA, R17728).

48 Ratenhof 1987:256.

49 Japan schien bereits Ende Januar 1912 kriegerische Vorbereitungen zu treffen. Berichten aus Tokio zufolge war ein Vorgehen Japans in der Mandschurei entweder im Sinne der Annexion oder nach dem russischen Vorbild in der Mongolei nicht ausgeschlossen (GPEK, Bd. 32, Nr. 11815 u. Nr. 11816, 248). Von japanischer Seite wurde jedwede Interventionsabsicht geleugnet.

50 Telegramm des Stellvertretenden Staatssekretärs des AA, Zimmermann, an den Botschafter in Washington, Grafen von Bernstorff, 25.01.1912 (GPEK, Bd. 32, Nr. 11819, 251-252).

schen und reichsdeutschen Regierung von chinesischer Seite mit besonderem Interesse verfolgt, blieb aber in bezug auf die Anerkennung folgenlos, da Deutschland mit Rücksicht auf die Situation in Europa keine Vorreiterrolle einnehmen wollte.⁵¹ Möglicherweise war es der o.g. Gesamtsituation geschuldet, oder auch der Presse in Deutschland, die Befürchtungen dahingehend bekundete, in China – wie bei dem Kampf um die Kolonien – „wieder einmal zu spät zu kommen“,⁵² daß v. Haxthausen im September 1912 „eine möglichst rasche Anerkennung der Republik in ihren bisherigen Grenzen und die Garantie des Status quo“ als den besten Schutz für die sonst gefährdeten beiderseitigen Interessen forderte.⁵³

Indessen hatte in China der Wahlkampf für die Parlamentswahlen begonnen, welcher mit allen Mitteln der Einschüchterung und Diffamierung geführt wurde. Die GMD konnte schließlich bei den Wahlen (12.1912-02.1913) einen herausragenden Sieg erzielen und wurde damit zum Hauptgegner Yuan Shikais. Das Ergebnis wurde in Diplomatenkreisen, deren gesamte Politik sich auf die Unterstützung Yuan Shikais konzentrierte, als Niederlage begriffen, so daß bei einer späteren Nicht-Wiederwahl Yuans eine militärische Intervention gegen die GMD und die Revolutionäre nicht ausgeschlossen wurde.⁵⁴ Als der chinesische Gesandte in Deutschland, Yan Huiqing, am 16. März bekanntgab, daß Yuan nach erfolgten Schätzungen 80% der Stimmen auf sich vereinen würde, empfahl v. Haxthausen, Yuan nach erfolgreicher Wahl unverzüglich die Anerkennung auszusprechen, um ihm den Rücken zu stärken.⁵⁵ Die Situation geriet außer Kontrolle, nachdem Song Jiaoren, der zukünftige Premierminister eines von der GMD gestellten Kabinetts, am 20. März 1913 in Shanghai das Opfer eines Attentats wurde. Der Verdacht fiel sofort auf Yuan Shikai und führte zu landesweiten Protesten, die in die sog. „Zweite Revolution“ mündeten. Die Machtposition Yuans war deutlich ins Wanken geraten, so daß nicht nur die Wahlen ausgesetzt werden mußten, sondern auch Japan und die europäischen Mächte erneut von einer Anerkennung absahen. Vor diesem Hintergrund nahm auch der Druck auf die Verhandlungen um eine „Reorganisationsanleihe“ zur Unterstützung Yuan Shikais zu.

Die „Reorganisationsanleihe“

Neben den bisher genannten Kontroversen stellten die Verhandlungen um die „Reorganisationsanleihe“ den wohl wichtigsten Faktor dar, der die Phase der Anerkennung begleitete.⁵⁶

51 Haxthausen sah sich deshalb gezwungen, in einem Gespräch mit Ministerpräsident Lu Chengxiang „über die Frage einer eventuellen Anerkennung der Republik hinweggehen zu sollen“ (Haxthausen an Bethmann Hollweg, 14.07.1912, in: PAA, R17730).

52 In: *General Anzeiger* (Der Stadt Frankfurt a. M.), 28.08.1912: „Die Deutschen Interessen in China“.

53 Haxthausen an Bethmann Hollweg, Beijing 21.09.1912 (GPEK, Bd. 32, Nr. 11831, 263-264).

54 Haxthausen im Gespräch mit dem britischen Gesandten Sir John Newell Jordan (Haxthausen an Bethmann Hollweg, 02.03.1913, PAA, R17733). Zur Einstellung Jordans gegenüber Yuan Shikai siehe auch Young 1977:169.

55 Haxthausen an Bethmann Hollweg, 16.03.1913 (GPEK, Bd. 32, Nr. 11834, 267-68).

56 Der Begriff „Reorganisation“ leitet sich davon ab, daß das Konsortium auf die Reorganisation des komplexen Netzwerks der Regierungsteilnahme und -kontrolle von Produktion, Transport und Verkauf von Salz hinwirken sollte. Weder stand die Sicherheit der Anleihe im Vordergrund, noch wurde ein spezieller Plan verfolgt. Das Ziel war die Kontrolle der Salzverwaltung (Young 1977:126ff).

Hier nun trat jenes vom Ausland anvisierte Abhängigkeitsverhältnis des informellen Imperialismus zutage, das auf der Geberseite finanzielle Gewinne und Einflußnahme auf innerchinesische Angelegenheiten versprach, für Yuan Shikai jedoch innenpolitischen Machtzuwachs bei finanzieller Abhängigkeit bedeutete. Zwar war schon zu Zeiten der Mandschu-Herrschaft über entsprechende Anleihen bei dem von amerikanischen, britischen, französischen und deutschen Banken gegründeten „Vierer-Konsortium“ diskutiert worden,⁵⁷ doch zwang der Druck der im ganzen Land aufbrechenden Unruhen zu einer Wiederaufnahme der Verhandlungen, weil durch die hohe Staatsverschuldung Chinas und die erfolgte Verpfändung der Zolleinnahmen als Sicherheit zur Rückzahlung der Kredite praktisch jede neue Regierung auf die finanzielle Unterstützung des Auslands angewiesen war.⁵⁸ Diese Ausgangssituation begünstigte die Entstehung eines multinationalen Finanzkonsortiums, welches seine Neutralität schnell aufgab und die neue chinesische Regierung zeitweise unter seine finanzielle Kontrolle zwang.⁵⁹

Yuan Shikai hatte schon im Dezember 1911 um eine Anleihe beim Viererkonsortium nachgefragt, die nicht gewährt wurde.⁶⁰ Erst als deutlich wurde, daß Yuan Shikai ohne Geld keine stabile Regierung schaffen könne, gestand das Viererkonsortium der neuen Regierung am 28. Februar 1912 den ersten Vorschuß zu. Im März beschlossen die Direktoren des Syndikates in London die finanzielle Unterstützung Yuan Shikais. Parallel hierzu tauchte der Plan einer „Reorganisationsanleihe“ in Höhe von 40 oder 60 Millionen Pfund auf, dem sich nach kontroversen Diskussionen und mehrfachem Abbruch der Verhandlungen am 21. Juni auch Rußland und Japan anschließen durften.⁶¹ Die Reorganisationsanleihe stellte auf-

57 Noch im Oktober 1911 hatte das Viererkonsortium eine Zehn-Millionen-Pfund-Anleihe an die chinesische Regierung erörtert und beschlossen, die dann aber nicht aufgelegt wurde (Stingl 1978:683, Young 1977:122-129). Zur Anleihepolitik der Mächte siehe Pyan-Ling 1917:92-124, Hou Chi-ming 1954, Osterhammel 1989:213ff, Huang Yiping 1995, Guo Jianlin 2000:182-197; zur deutschen Beteiligung insbesondere GPEK (Bd. 32), Peter 1965 und Barth 1995.

58 Die Schulden rührten aus dem Friedensvertrag von Shimonoseki (1895) und den aufgezwungenen Sühnezahlungen des Boxer-Protokolls (7.9.1900). Die daraus resultierende Staatsverschuldung zwang China in den letzten Jahren der Qing-Regierung, jährlich Anleihe tilgungen und Boxer-Zahlungen in Höhe von 46-47 Mio. Taels zu leisten, etwa die Hälfte des zentralen Budgets (Osterhammel 1989:216).

59 Barth (1995:287) spricht in diesem Zusammenhang gar von „einer Art finanzieller Diktatur“, die nach 1911 zeitweise über die chinesische Zentralregierung ausgeübt wurde. Hierzu zählten die englische Hongkong & Shanghai Bank, die französische Banque de l'Indo-Chine, die Deutsch-Asiatische Bank und die Bankiers der US-amerikanischen Gruppe um das New Yorker Bankhaus J. Pierpoint Morgan. Zur Genese des „Viererkonsortiums“ seit 1904 siehe Barth 1995:287-303.

60 Das Konsortium und die deutsche Reichsregierung stimmten zwar zu, die englische Regierung weigerte sich jedoch, den Norden des Landes gegen die Revolutionäre im Süden zu unterstützen, weil sie ihre Handelsinteressen gefährdet sah. Die US-Regierung lehnte ebenfalls ab, da eine Unterstützung des Nordens zur Folge haben könnte, daß Rußland und Japan sich auf die Seite der Revolutionäre schlagen (Stingl 1978:684).

61 Der Plan für ein internationales Bankensyndikat mit russischer und japanischer Beteiligung war bereits im November 1909 mit dem Ziel einer Neutralisierung der Mandschurei von dem amerikanischen Staatssekretär Knox entwickelt worden. Japan und Rußland war nicht an einer Stärkung Chinas gelegen, überdies behinderten Konsortium und Anleihe das eigene Vorgehen in China (O. Franke 1923:320ff). Um einer drohenden Ausgrenzung in China zu entgehen, stimmten Japan im März und

grund ihrer politischen Eingebundenheit ein wichtiges diplomatisches Instrument dar, das die Großmächte zum gemeinsamen Vorgehen zwang und die Macht Yuan Shikais stärkte.⁶² Die Deckung der Anleihe war an schwer akzeptierbare und die Verhandlungen verzögernde Bedingungen geknüpft, da die chinesischen Salzzölle direkt auf ausländische Banken überwiesen werden sollten bzw. auch eine entsprechende ausländische Kontrolle über die Verwendung der Gelder vorgesehen war.⁶³ Deutsche Firmen setzten Chinas Regierung nicht nur durch Rückzahlungsforderungen unter Druck (Dok. 5), sondern konkurrierten auch in ihrem Bemühen um weitere Anleihe- und Kaufverträge, was trotz der Monopolstellung des Konsortiums teilweise gelang und das Prozedere ebenso verkomplizierte wie die ambivalente Haltung Yuan Shikais gegenüber diesen Vorgängen.⁶⁴ Die finanzielle Notlage der jungen Republik drängte zur Annahme des Kredits, um, wie Ministerpräsident Tang Shaoyi angab, u.a. die zu entlassenden Truppen von mehr als 850.000 Mann auszuzahlen.⁶⁵

Die Verknüpfung von Anleihe und Anerkennung war nicht zu übersehen.⁶⁶ Problematisch war in diesem Zusammenhang nur, daß Yuan Shikai immer weniger das Vertrauen der Revolutionäre um Sun Yatsen und des Parlaments genoß. Die aus einer finanziellen Unterstützung seiner Regierung resultierende und absehbare Unzufriedenheit der Gegner Yuans war ein Faktum, dem auch v. Haxthausen seine Berechtigung einräumte.⁶⁷ Die absehbare finanzielle Abhängigkeit der jungen Republik wurde zudem von den ausländischen Großbanken in Deutschland kontrovers diskutiert. Eine entsprechende Debatte entzündete sich im Zusammenhang mit der Mitte Mai 1912 im Reichstag diskutierten Erhöhung des Personalstandes der Besatzungstruppen in Kiautschou, wo Dr. Herzfeld (SPD) diese Zusammenhänge nachdrücklich kritisierte.⁶⁸

Rußland im April 1912 mit ausdrücklicher Hervorhebung ihrer Interessen schließlich doch zu (Stingl 1978:689, Barth 1995:389ff).

62 Dieses ist auch dem Schriftverkehr des AA Berlin zu entnehmen. So gab der Generalkonsul in Shanghai, Buri, am 1. März 1912 dem Reichskanzler zu verstehen, daß der Ausschluß Japans aus der Anleihepolitik geeignet sei, dessen Einfluß in China zugunsten Deutschlands zu minimieren (GPEK, Bd. 32, Nr. 11877, 299-300). Aus Petersburg meldete Graf v. Pourtalès noch am 9. März 1912, daß die Gewährung der Anleihe automatisch auch eine Anerkennung der chinesischen Regierung bedeute und Rußland sich zu diesem Schritt nicht entschließen könne (Ebenda, Nr. 11872, 295-196).

63 Vgl. Ratenhof 1987:231.

64 Siemens-Schuckert schloß im Juni 1912 eine Anleihe über ca. 9 Millionen Mark mit der chinesischen Regierung ab, Anfang Juli bemühte sich das chinesische Finanzministerium um ein Dahrlehen in Höhe von 10 Millionen Mark zum Erwerb von Kriegsmaterial (Peter 1965:56-78). Parallel dazu konkurrierten die Firmen Arnhold, Karberg & Co, Carlowitz & Co sowie Diederichsen & Co um den Abschluß von Rüstungsaufträgen mit der chinesischen Regierung. Siehe hierzu Kaske, in Baur 2005:51-53.

65 Von Haxthausen an Bethmann Hollweg, 28.05.1912 (GPEK, Bd. 32, Nr. 11898, 325-327).

66 Vgl. Young 1977:124. Haxthausen bemerkte am 28.05.1912 an den Reichskanzler: „Mit den Vorschüssen soll der provisorischen Regierung auf die Beine geholfen werden. Beweist sie, daß sie stehen und gehen kann, so folgen Anerkennung und Anleihe“ (GPEK, Bd. 32:325-327, Nr. 11898).

67 Haxthausen an Bethmann Hollweg, 06.05.1912 (GPEK, Bd.32, Nr. 11893, 319-322).

68 Herzfeld hierzu: „Die Hochfinanz ist die Macht, die augenblicklich über die Macht des chinesischen Volkes und über seine Staatsform entscheidet. Gibt sie das Geld, so besteht die Regierung, so besteht die Staatsform; gibt sie es nicht, so wird die Sache vielleicht anders werden.“ Siehe die Reichstagsdebatte vom 15.05.1912, in: SBVR, Bd. 286:2047.

Inzwischen hatten weitere Verhandlungen über den Abschluß der Anleihe gezeigt, daß die chinesische Regierung weder die vom Konsortium geforderten Berater- und Kontrollrechte akzeptieren wollte noch Geschäfte mit Japan und Rußland zu tätigen gedachte, um deren „Sonderinteressen“ sie wußte. Schließlich gaben die amerikanischen Banken auf Initiative des im Vorjahr gewählten neuen Präsidenten Woodrow Wilson am 21.03.1913 ihren Ausstieg aus dem Konsortium bekannt. Dieser Schritt lag in der Ablehnung des aggressiven japanischen und russischen Expansionismus begründet, unterstrich gleichzeitig aber die neue „moralische“ Außenwirtschaftspolitik Amerikas.⁶⁹ Die chinesische Presse lobte dieses Vorgehen, sich von dem verhaßten Konsortium losgelöst zu haben, und beurteilte Deutschlands Verhalten als freundschaftlich, aber kritisch (Dok. 6). Gleichzeitig ließ sie durchsickern, daß Deutschland diesem Schritt folgen möge.⁷⁰ Die Deutsch-Asiatische Bank wollte sich das lukrative Geschäft allerdings nicht entgehen lassen. Nachdem die chinesische Regierung am 25. April der Einstellung europäischer Berater zugestimmt hatte, wurde in der Nacht vom 26./27. April die vom Fünf-Mächte-Syndikat gewährte „Reorganisationsanleihe“ durch Zhou Xuexi, den Finanzminister und chinesischen Unterhändler Yuan Shikais, ohne Zustimmung des Parlaments in Höhe von nunmehr 25 Millionen Pfund Sterling unterzeichnet – praktisch erhielt Yuan Shikai nur 8,5 Millionen Pfund Sterling ausgezahlt.⁷¹ Die politische Bedeutung der Anleihe wurde nicht angezweifelt (Dok. 8), zudem hatte Deutschland zwei der fünf ausgehandelten Beraterposten besetzen können.⁷² Entgegen aller Proteste, u.a. durch Sun Yatsen und Kang Youwei, unterstrich der gegen das Parlament und damit die Verfassung mißachtende Vertragsabschluß sowohl die Machtlosigkeit der Regierung als auch die nur bedingt neutrale Haltung der ausländischen Mächte.⁷³

Damit waren der Höhepunkt und das Ende des „kooperativen Finanzimperialismus“ in China erreicht, der als aktive Kraft mit dem Ersten Weltkrieg verschwand.⁷⁴ Der chinesi-

69 Vgl. Ratenhof 1987:232. Eine Beurteilung dieser Vorgänge durch die deutsche Finanzgruppe findet sich in dem Schreiben des Unterstaatssekretärs im AA, Zimmermann, an den Botschafter in London, Lichnowsky, 23.03.1913 (GPEK, Bd. 32, Nr. 11957, 382-383).

70 Haxthausen an Bethmann Hollweg, 27.03.1913 (GPEK, Bd. 32, Nr. 11959, 385), siehe Stingl 1978:698.

71 Der Anleihevertrag findet sich abgedruckt in ZHMWSH, Bd. 1, S. 89-104. Die Anleihe wurde zu folgenden Bedingungen ausgegeben: 25 Millionen engl. Pfund zu 5% Zinsen, Laufzeit 47 Jahre, Tilgung beginnend nach dem 11. Jahr, Ausgabekurs 90%, Übernahmekurs 84%. Als Sicherheit wurden das Salzmonopol und unbelastete Überschüsse der Seezölle festgelegt (Barth 1995:400). Den Großteil der Summe hatten die Banken zur Tilgung, Zurückzahlung und Sicherstellung bestehender Schulden im Ausland einbehalten (Kuhn 2004:91). Deutschland übernahm 24% der Anleihe, ca. 123 Millionen Mark (Young 1977:129, Ratenhof 1987:247, Guo Jianlin 2000:879).

72 Carl Rump wurde zum Direktor des Anleiheamtes berufen, Ernst von Strauch, bislang bei der Seezollbehörde beschäftigt, zum Stellvertretenden Generalinspektor der Salzverwaltung. Darüber hinaus erhielt der deutsche Direktor der Disontogellschaft, Anton Arnold, auf Vorschlag des vorgesehenen holländischen Kandidaten einen Beraterposten für Währungsreform. Siehe Kaske, in Baur 2005:61.

73 Das Parlament verabschiedete anschließend zwei Resolutionen (27.04. und 29.04.), die den Anleihevertrag für verfassungswidrig erklärten (ZHMWZX, Bd. 1, S. 66-67), vgl. auch Yeh Young-ming 1983:36-38. Zum Protest der GMD siehe ZHMWSH, Bd. 1, S. 133-136.

74 Vgl. Osterhammel 1989:213-226. Vor Kriegsausbruch entfielen lt. Osterhammel (1989:219) auf die einzelnen Gläubigerländer folgende Anteile der tatsächlich an China gezahlten Anleihesummen: Großbritannien 41%, Frankreich u. Belgien je 17%, Deutschland 16%, Japan 5% u. die USA 4%.

schen Regierung wurden nach Abschluß der Reorganisationsanleihe keine weiteren Anleihen in dieser Größenordnung gewährt, wenngleich sie bis zum Kriegsbeginn entsprechende Verhandlungen auch mit Deutschland führte.⁷⁵

Parallel zu den Verhandlungen um die Reorganisationsanleihe hatten die USA unter Präsident Wilson ihre Unterstützung Yuan Shikais und der Idee einer Republik in China bekräftigt.⁷⁶ Diese Haltung setzte die anderen Mächte deshalb unter Zugzwang, weil die amerikanische Regierung am 3. April ihre Bereitschaft erklärte, die Republik China am 8. April zur Eröffnung ihres ersten Parlaments anzuerkennen.⁷⁷ Der neue Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, von Jagow, gab daraufhin gegenüber Wilhelm II. zu verstehen, daß „die Anerkennung durch Amerika allein ... sein Prestige zu unserem Nachteil steigern würde“. Dem Vorschlag, die Anerkennung nach erfolgreicher Präsidentenwahl Yuan Shikais auszusprechen, wurde mit einem Telegramm vom 6. April zugestimmt.⁷⁸

Der Alleingang Amerikas hatte nicht nur unter den Gesandten heftige Debatten ausgelöst, sondern auch im Deutschen Reichstag, wo eine kontroverse Diskussion um die Frage der Anerkennung und die deutsche Chinapolitik entbrannt war (Dok. 7). Die Anerkennung der Republik China durch Brasilien und Peru im April 1913 und schließlich am 2. Mai durch die USA, Amerikas Austritt aus dem Konsortium und die neue Politik Wilsons hatten insgesamt Zweifel an der Haltbarkeit der deutsch-amerikanischen Kooperation in Ostasien wachgerufen, denen Reichskanzler Bethmann Hollweg durch eine Annäherung an England zu begegnen versuchte. Bündnisse in anderen strategisch wichtigen Regionen der Welt deuteten bereits eine Verständigung an.⁷⁹ Die deutsche Diplomatie plante alle diese Schritte mit Vorsicht, weil nicht nur im Reichstag, sondern auch in der deutschen Presse die Schwächen der bisherigen politischen und wirtschaftlichen Bemühungen in China aufgedeckt und dem Auswärtigen Amt angelastet wurden.⁸⁰

Die Rolle der „Musterkolonie Kiautschou“ im Für und Wider um die Anerkennung

Das in der Anerkennungsfrage langfristig gedachte, taktische und energische Vorgehen von Haxthausens stieß von Seiten des Militäradministration in Kiautschou auf Widerstand. Dort

75 Am 24.10.1913 wandte Finanzminister Xiong Xiling sich an die Bankvertreter des Fünf-Mächte-Konsortiums, um eine weitere Anleihe in Höhe von £ 25 Mio. zu beantragen. Der Abschluß der Anleihe scheiterte, weil China nicht genügend Sicherheiten bieten konnte und die beteiligten Mächte auch aufgrund der Spannungen in Europa zu keiner Übereinkunft fanden. Siehe den Bericht von Maltzan, Peking, an den Reichskanzler, 31.07.1914 (GPEK, Bd. 32, Nr. 11986, 413-417).

76 Spence 1990:282, Stingl 1978:697.

77 Amerikas Austritt aus dem Anleihekonsortium wurde allgemein als Vorbereitung für eine einseitige Anerkennung der Republik China interpretiert (GPEK, Bd. 32, Nr. 11835, 268).

78 Staatssekretär v. Jagow an den Gesandten Treutler, 05.04.1913 (GPEK, Bd. 32, Nr. 11838, 270).

79 So liefen z.B. seit Februar 1913 Verhandlungen zur Einigung in der Bagdadbahn-Frage und im Oktober 1913 wurde ein Kompromiß über eine mögliche gemeinsame Beerbung des portugiesischen Kolonialreichs ausgehandelt (Stingl 1978:700ff).

80 Vgl. *Berliner Tageblatt*, 20.05.1913: „Unsere diplomatische Vertretung in China“ (BArch, R9208/583).

liebäugelte man mit der Restauration der Monarchie und bot in Qingdao zahlreichen Anhängern wie auch Angehörigen des Qing-Hofes einen Ort der Zuflucht vor den revolutionären Wirren.⁸¹ Am 26. September 1912 traf auch Prinz Heinrich von Preußen in Qingdao ein, der als Vertreter des Kaisers an den Beisetzungsfeierlichkeiten des japanischen Kaisers Mutsuhito (13.09.) teilgenommen hatte und sich auf der Rückreise befand.⁸² Seine Königliche Hoheit soll häufig in Mandschukreisen verkehrt und in einem vertraulichen Gespräch mit dem Prinzen Kong am 6. Oktober geäußert haben, alles in seiner Macht stehende für die Wiedereinsetzung der Mandschudynastie zu leisten. Diese „delikate Frage“, wie Prinz Heinrich sich ausdrückte, wäre natürlich mit Vorsicht zu behandeln, denn sie könnte leicht das Mißtrauen anderer Nationen erwecken.⁸³ Der Deutschland verbundene General Yinchang⁸⁴ berichtete v. Haxthausen hiervon in einem vertraulichen Gespräch und in der Hoffnung, daß dieser Umstand nicht an die Öffentlichkeit gelangen möge.⁸⁵ Um dem tatsächlich vorzubeugen, ging am 10. Januar 1913 eine Anweisung an die Gesandtschaft in Beijing, „etwaigen Gerüchten, daß die Kaiserliche Regierung die Bestrebungen zur Wiedereinsetzung der Mandschudynastie unterstütze, in geeignet erscheinender Weise entgegenzutreten und die durchaus korrekte und freundschaftliche Haltung der Kaiserlichen Regierung gegenüber den Machthabern in China zu betonen“.⁸⁶

Neben die Konflikte mit den pro-monarchistischen Kreisen traten die zwischen Diplomatie und Handel, d.h. zwischen „großer“ und „kleiner“ Chinapolitik.⁸⁷ Durch den Regierungswechsel in China wurde die Bedeutung Kiautschous als Stützpunkt deutscher Interessen zunehmend kontrovers diskutiert.⁸⁸ Bereits 1911 waren deutsche Überlegungen einer vorteil-

81 Der Nationalliberale Abgeordnete Paasche empfand dieses als Erfolg und Anerkennung des Deutschtums in China und bemerkte am 11.12.1912 im Reichstag: „Wenn ich ihnen sage, daß gegenwärtig in Qingdao eine große Zahl von reichen Chinesen sich niederlassen, daß, als ich da war, nicht weniger als 34 hohe chinesische Staatsbeamte mit dem Prädikat Exzellenz – einer davon war vorher Vormund des Kaisers von China –, also Männer in den allerhöchsten Stellungen, sich in Qingdao ansiedeln, weil sie unter dem Schutz der Deutschen und der deutschen Macht sich sicher fühlen, ...“ (SBVR, Bd. 286, S.2732). Vgl. Stichler 1994:359-374.

82 Unter dem Kommando von Prinz Heinrich, von 1898-1900 Chef des Ostasiatischen Kreuzergeschwaders, hatte das III. Seebataillon als Verstärkung für die Landungsabteilung in Kiautschou am 16.12.1897 Wilhelmshafen verlassen. Siehe hierzu Leutner 1997:162-164.

83 Zu Prinz Kongs Aufenthalt in Qingdao siehe Wilhelm 1926:179ff. Sun Yatsen traf dort ebenfalls am 28. September zu einem Privatbesuch ein. Ein Empfang durch Prinz Heinrich von Preußen fand nicht statt (Leutner 1997:513-517).

84 General Yinchang, Absolvent der Pekinger Sprachenschule „Tongwenguan“, wurde 1897 als Dolmetscher an die chinesische Gesandtschaft in Berlin berufen. Er studierte nebenher deutsches Militärwesen und heiratete eine Deutsche, die er 1894 mit nach China nahm. Er stand unter der Qing-Regierung dem Kriegsministerium vor (Stingl 1978:671, Güttinger 2004:154-155).

85 Haxthausen an Bethmann Hollweg, 24.12.1912 (GPEK, Bd. 32, Nr. 11832, 264-266).

86 Zimmermann an Haxthausen, 10.01.1913 (GPEK, Bd. 32, Nr. 11833, 266).

87 „Große Chinapolitik“, so Stingl, bezeichnet die internationalen Auseinandersetzungen darüber, wie China aussehen solle und wie es zu behandeln sei. Aus deutscher Sicht ging es darum, China in dem Zustand zu halten oder in jenen zu versetzen, in dem es der deutschen Wirtschaftsexpansion Erfolgchancen bot. In der „Kleinen Chinapolitik“ ging es um die Details der Expansion (Stingl 1978:707).

88 Der Reichstag war auf Grund seines Budgetrechts von Bedeutung für die deutsche Chinapolitik, weil er deren Wirkungsradius und Einfluß in Bezug auf deutsche Schulen, Schiffe, Truppen, Haushaltsetat

haft sich auswirkenden Rückgabe der „Musterkolonie Kiautschou“ von der chinesischen Presse als unrealistisch abgetan worden, zu hoch waren die Investitionen, zu sehr war Deutschland auf Prestige und Machterhalt bedacht (Dok. 1). Im Februar 1912 nahm der SPD-Abgeordnete Ledebour die Diskussion im Reichstag wieder auf und kritisierte die „Bülowsche Sonnenpolitik“, indem er die Rückgabe Kiautschous forderte, um „der neuen chinesischen Republik, soviel oder so wenig sie wert sein mag, ... in jeder Weise förderlich zu sein“.⁸⁹ Drei Monate später entzündeten sich die Verhandlungen über den Etat für das Schutzgebiet Kiautschou und das Ostasiatische Marinedetachment an einem der Budgetkommission gestellten Antrag, „650.000 Mark hinzuzusetzen für Maßnahmen zum Schutze der deutschen Interessen anlässlich der politischen Unruhen in China“, um zusätzliche 500 Mann Besatzung bereithalten zu können. Die Meinungen hierüber gingen auseinander. Befürworter sahen in Qingdao einen sich gut entwickelnden „Stützpunkt der gesamten deutschen Interessen“, den es zu verteidigen galt.⁹⁰ Gegner hielten dem entgegen, daß kein Deutscher zu Schaden gekommen sei und die etwa 1500 Deutschen in Qingdao dort in höchster Sicherheit leben (Herzfeld, SPD). Letztlich würden die Truppen nicht zum Schutze gebraucht, auch nicht für die restlichen im Lande verstreuten ca. 80 Deutschen, sondern im Interesse der Hochfinanz, um der Banken- und Anleihepolitik eine militärisch beeindruckende Rückendeckung zu geben. Herzfeld lehnte beides ab und kam zu dem Schluß, „jede Stärkung der europäischen, ausländischen Militärmacht in China stärkt das deutschfeindliche Gefühl, bewirkt gerade das, was sie verhindern soll“.⁹¹ Dem wurde vom Staatssekretär des Reichsmarineamts und Chef des Ostasiatischen Kreuzergeschwaders, Alfred von Tirpitz, entschieden widersprochen, was ihn die Situation der Deutschen detailliert schildern und den Einsatz der notwendigen Truppen fordern ließ.

Im Dezember 1912 wurden die Beratungen wieder aufgenommen, wobei die SPD ihre ablehnende Haltung beibehielt. Noske argumentierte, daß Deutschland in China „moralische Eroberungen“ machen wolle und die Entfaltung militärischer Macht nie zur Besserung wirtschaftlicher Verhältnisse geführt habe.⁹² Demgegenüber vertrat der Nationalliberale Paasche mit Blick auf England die Ansicht, daß in einem Land wie China die politische Macht einen gewaltigen Eindruck machen und dahin wirken würde, auch die wirtschaftlichen Interessen zu fördern. Noske ließ sich nicht beirren, denn „der deutsche Einfluß in China hängt nicht von der Zahl der Soldaten ab“, sondern fiel vielmehr aufgrund früherer Fehler von Regierung und Diplomatie vergleichsweise gering aus.⁹³ Die Debatte endete mit

für Kiautschou etc. festlegte. Die Bedeutung der parteipolitischen Konstellationen blieb allerdings auch auf diesen Bereich reduziert, denn „in den Alltag der deutschen Chinapolitik spielten sie selten hinein“. Dort waren die wirtschaftlichen Organisationen weitaus einflußreicher (Stingl 1978:303).

89 Ledebour, 17.02.1912, in: SBVR, Bd. 283:95-96.

90 Abgeordneter Nacken, Zentrum, 15.05.1912, in: SBVR, Bd. 285:2044-2048.

91 Debatte vom 15.05.1912, in: SBVR, Bd. 285:2047.

92 Debatte vom 11.12.1912, in: SBVR, Bd. 286:2730-2733.

93 Er bezieht sich auf eine Aussage Sun Yatsens, wonach die Deutschen die Möglichkeit hätten, größere Sympathien in China zu erwerben, wenn sie Kiautschou gegen Entschädigung in irgendeiner Form an China zurückgeben würden. Ebenda, S. 2731.